Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 562. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 1. Dezember 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 29. Nov. Der heutige „Constitutionnel" enthält einen Artikel Limeyrac's, in welchem konstatirt wird, daß England Griechenland mehr stützen werde, wenn Prinz Alfred den griechischen Thron besteige. Die orientalische Frage würde alsdann in furchtbarerer Weise wieder beginnen. Frankreich werde kein traditionelles Interesse aufgeben, wenn es auch nur für seine Ehre engagirt sei und werde die der Größe seiner Mission angemessene Rolle übernehmen.

Paris, 29. Nov. Nach der „Presse" würde in Folge von Depeschen des französischen Botschafters zu London in Betreff Griechenlands und eines Vorschlags Rußlands morgen zu Compiègne ein Ministerrath stattfinden. Rußland soll Frankreich eine gemeinsame, an England zu entrichtende, Note vorgeschlagen haben. Sollte Frankreich sich weigern, so würde Rußland allein ein Manifest veröffentlichen.

Die „France" glaubt, daß das englische Kabinet seine Ideen in Bezug auf Griechenland modifizirt habe und fügt hinzu, Frankreich könne nicht dulden, daß England aus dem Mittelmeere eine britische See mache.

Paris, 27. Nov. [Orkan.] Vorgestern hat auf dem Mittelmeere ein so furchtbarer Sturm gewüthet, daß die von Civita-Vecchia kommende Yacht Osborne, an deren Bord sich der Prinz von Wales befand, in einem Hafen Corsica's Schutz zu suchen genöthigt gewesen ist.

Petersburg, 30. Nov. Das „Journal de St. Petersbourg" kann bestätigen, daß Rußland keinen Augenblick daran gedacht habe, vom Prinzipe des londoner Protokolls, welches die Mitglieder aus den Dynastien der Schutzmächte vom griechischen Throne ausschließt, abzuweichen. Rußland habe dies schon am 19. October d. J., also früher als England erklärt.

Turin, 29. November. En der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer bestreitet Durando den Vorwurf, daß er die Alliance mit Frankreich zur alleinigen Grundlage seiner auswärtigen Politik gemacht habe. Die Regierung sei über viele Fragen mit England einverstanden. Diese Macht wolle, daß man den Römern die Freiheit lasse, ihren Willen auszudrücken, sei jedoch nicht geneigt, einen zu direkten Antheil zu nehmen an einer Frage, die eine religiöse Seite habe. Wenn die römische Frage auch nicht vorwärts gegangen sei, so sei sie doch auch nicht zurückgegangen. Es ließen sich keine Resultate von Verhandlungen mit Rom erwarten; alle Anstrengungen müßten darauf gerichtet sein, Frankreich zum Aufgeben der Okkupation zu bewegen. Die Regierung sei bereit, sich mit dem heiligen Stuhle zu versöhnen, aber das einzige Hinderniß dieser Versöhnung sei die Okkupation. Die Note Drouyn de l'Huys lasse eine günstige Aufnahme der diesseitigen Vorschläge erwarten. Bevor das Kabinet die Unterhandlungen weiter verfolge, erwarte es die Entscheidung des Parlamentes.

(Diese Depesche brauchte zur Zurücklegung des Weges von Turin nach Berlin, wie fast alle Depeschen in letzterer Zeit, fast 24 Stunden. Von Seiten der preußischen Linien wurde sie in 45 Min. nach Berlin befördert.)

Turin, 28. Nov. Die „Monarchia Nazionale" erklärt heute, daß das wahrscheinliche Resultat der gegenwärtigen Discussion die Auflösung der Kammer als nothwendige Folge sein wird. In der jetzigen Lage könnte sich kein Minister helfen, ohne an das Land zu appelliren.

In den südlichen Provinzen schreitet die Rekrutirung fort.

Turin, 28. November, 7 Uhr Abends. In der heutigen Sitzung vertheitheidigt der Deputirte Petrucelli von der Linken das Ministerium. Er sagt, daß Frankreich den italtenischen Einheitsbestrebungen sich feindlich gegenüberstelle. Die auswärtige Politik des Ministeriums sollte man billigen. Petrucelli stimmt für eine baldige Einberufung des Parlaments in Neapel und der Versammlung. Die „Gazzetta Ufficiale" bestätigt, daß die Werbung in den italienischen Provinzen gut vor sich geht. Die „Discussione" meldet, daß das österreichische Kabinet der italienischen Regierung eine Note gesendet habe bezüglich des Zusammentreffens an der mantuanischen Grenze. Sie klagt über die sich wiederholenden Reibungen, die dort vorkommen, und verlangt die Befreiung der österreichischen Gefangenen,

Preußen.

Berlin, 30. Nov. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem bisherigen Deposital-Rendanten beim Stadt- und Kreisgericht zu Danzig, Rechnungs-Rath Giebe zu Penchowo im Kreise Inowraclaw, und dem katholischen Pfarrer Joseph Wygocki zu Königsdorf im Kreise Marienburg, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Der Freifrau Bianca v. d. Reck, gebornen Gräfin v. Kospoth, zu Schloß Halbau die Erlaubniß zur Anlegung des von der Königin von Baiern Majestät ihr verliehenen Theresien-Ordens zu ertheilen. (St.-Anz.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Schierstedt, Sec.-Lt. vom Schles. Füs.-Regt. Nr. 38, in das 1. Magdeb. Inf.-Regt. Nr. 26 versetzt. v. Schepke, Pr.-Lt. vom 2. Pos. Inf.-Regt. Nr. 19, von dem Kommando zur Dienstleistung bei der Unteroff.-Schule in Jülich entbunden. v. Salviati, Major und Esc.-Chef im 2. Brandenb. Ulan.-Regt. Nr. 11, unter Verleihung eines Patents seiner Charge und unter Ueberweisung zu dem Kommando der 8. Div., in den Generalstab versetzt. v. Lüderitz, Rittm. vom Schles. Kür.-Regt. Nr. 1, (Prinz Friedrich von Preußen) unter Verleihung des Charakters als Major und unter Entbindung von dem Kommando, als Adjutant der 6. Div., als Esc.-Chef in das 2. Brandenb. Ulan.-Regt. Nr. 11 versetzt. Dr. Zühlke, in dem Marine-Reserve- und Seewehrverhältniß befindlicher Arzt, der Char. als Assistenzarzt verliehen.

[Vom Hofe.] Se. Maj. der König nahmen heute Vormittag die Vorträge des Militär- und Civilkabinets entgegen, und empfingen den General-Adjutanten, General der Infanterie z. D. von Grabow. Um 2 Uhr empfingen Se. Majestät drei Deputationen: aus dem Kreise Lebus, aus den Gemeinden Oelse, Folgendorf, Teichau, Neu-Ullersdorf und Ullersdorf und aus dem Kreise Schwetz, an deren Spitzen der Landrath v. d. Marwitz, bez. der Amtspächter Hart und Herr von Gordon-Lackowitz standen. — Ihre Maj. die Königin-Wittwe hat sich auf der Rückreise von Dresden nach Berlin eine Erkältung zugezogen und befindet sich deshalb seit einigen Tagen nicht ganz wohl. — JJ. kk. HH. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin werden auf der Rückreise nach Berlin auch Wien besuchen.

Berlin, 29. Nov. [Eine officielle moralische Ermahnung.] Die „Sternz." bringt an der Spitze ihres heutigen Blattes folgenden Artikel: „Die Haltung und der Ton der demokratischen Blätter in Bezug auf die Loyalitäts-Adressen ist eines der traurigsten Zeichen der politischen und sittlichen Stellung jenes Theiles der Presse. Wir wollen hier nicht die Bedeutung und die Berechtigung der Adreßbewegung inmitten der jetzigen Krisis, die Bedeutung in Bezug auf das Hervortreten und die moralische Kräftigung der ernst-monarchischen Elemente im Lande erörtern; nur auf die Ungebühr wollen wir hinweisen, mit welcher jene Presse den unmittelbaren Verkehr Sr. Majestät des Königs mit getreuen und ehrenwerthen Männern aller Stände in das Bereich der niedrigsten Insinuation herabzuziehen wagt. Wenn jene Beziehungen, sei es im Princip, sei es in einzelnen Aeußerungen, vom Standpunkte der Parteien Anlaß zu Bedenken geben, so wäre doch zu erwarten und zu fordern, daß die Organe aller Parteien bei der Erörterung darüber die schuldige Ehrerbietung gegen die Krone, welcher jene Kundgebungen gelten und welche dieselben entgegennimmt, nicht aus den Augen setzen. Statt dessen ergeht sich ein Theil der Presse in den gröbsten und unwahrsten Verdächtigungen der Gesinnungen und Motive, aus welchen die Manifestationen hervorgegangen sein sollen, und in den gehässigsten persönlichen Verunglimpfungen, welche unverkennbar zugleich darauf berechnet sind, den monarchischen Sinn der Bevölkerung selbst zu untergraben. Wir sind überzeugt, daß alle Ehrenmänner in der Verurtheilung dieses Gebahrens übereinstimmen, welches von Neuem deutlich erkennen läßt, mit welchen unwürdigen Mitteln eine gewisse Presse alle Regungen eines ihren politischen Bestrebungen entgegenstehenden Geistes zu unterdrücken versucht." (Wir haben dem wenig hinzuzusetzen; nur die Frage möchten wir von der „Sternz." beantwortet wissen, wo und wie denn die Organe der liberalen Partei — denn diese ist doch gemeint, wenn von dem „Tone der demokratischen Blätter" die Rede ist — „die schuldige Ehrerbietung gegen die Krone" aus den Augen gesetzt haben. Im Gegentheil, gerade die liberale Presse hat stets und zwar immer wortgetreu die Antworten Sr. Majestät mitgetheilt. Wenn sie aber zugleich die durch und durch unwürdigen und die öffentliche Moral verletzenden Mittel, durch welche in vielen Fällen die Unterschriften geradezu erpreßt worden sind, wenn sie zugleich das oft in's Lächerliche fallende Gebahren der Deputationen ihrer Beurtheilung unterworfen, so hat sie blos ihre Schuldigkeit gethan, und diese wird sie auch ferner thun. Durch die Bemerkungen der Deputationen wird Niemand weiter als die feudale Partei gerichtet.)

Berlin, 29. Novbr. [Neues Circular des preußischen Volksvereins; Gründung conservativer Lokalblätter.] Die „Trier. Ztg." theilt wieder ein Rundschreiben des preuß. Volksvereins mit. Dasselbe empfiehlt die Gründung conservativer Lokalblätter und giebt Folgendes über den zu befolgenden Weg an:

„Zunächst wird es nöthig sein, daß aus dem Kreise einige angesehene und thätige Männer, Freunde der conservativen Sache, zusammentreten und das Project besprechen. Viele zur Zeit bestehende Kreis- und Localblätter beschäftigen sich gar nicht mit politischen Nachrichten, sondern bringen blos die amtlichen Bekanntmachungen, weil ihre Besitzer und Verleger keine Caution gestellt haben. Man versuche solche Blätter in Lokalorgane unserer Partei umzugestalten, indem man ihnen die Gestellung der Caution, die kostenlose Redaction oder sonstige Vortheile zusichert. Bei jeder solchen Verhandlung muß aber mit großer Vorsicht verfahren und der Herausgeber der Blätter durch bestimmte Contracte gebunden werden, damit es ihm nicht etwa einfallen kann, wenn er das Blatt mit Hilfe der Conservativen vergrößert hat, dasselbe gegen deren Interessen zu benutzen. Wo bereits bestehende Blätter in die Hände der Demokraten gekommen sind und die Person des Besitzers und Herausgebers irgend eine Aussicht bieten, sei es durch Gleichgiltigkeit für die Sache, sei es durch pecuniäres Interesse, mit ihm erfolgreich verhandeln zu können, so knüpfe man solche Verhandlungen an. Die Erwerbung eines bereits bestehenden Blattes ist immer der Gründung eines neuen vorzuziehen. Man biete ihm größere Vortheile als die Demokraten, man sichere ihm die Caution, damit er seine eigenen Mittel anderweitig verwenden kann. Man garantire ihm bei dem Wechsel des Blattes eine bestimmte Abonnentenzahl, eine gewisse Anzahl Inserate: — kurz überhaupt sichere Vortheile. Dann übernehme man die Redaction selbstständig. Zur Führung der Redaction muß ein tüchtiger geeigneter Mann gesucht werden: man wird derlei Kräfte in den meisten Fällen unschwer finden. Zugleich verpflichte sich Jeder, der sich für das Unternehmen interessirt hat, die Redaction durch Einsendung von Artikeln und Lokal-Nachrichten zu unterstützen. Zahlreiche lokale Nachrichten aus Ort und Nachbarschaft helfen sehr zur Verbreitung eines Blattes. Vor Allem suche man dem Blatt ausschließlich die Bekanntmachung der Behörden zu sichern und wende ihm allein alle eigenen Inserate und Bekanntmachungen zu, sorge auch, daß das von allen Freunden der guten Sache geschieht. Ueber den allgemeinen Inhalt der Lokalblätter erlauben wir uns noch weiter unten besondere Vorschläge zu machen.

Findet sich aber keine Gelegenheit, ein bestehendes Blatt zu erweitern oder zu gewinnen, so begründe man ein neues Organ. Dies geschieht am Besten auf Actien. Nachdem sich das oben angedeutete Comite über den Plan geeinigt hat, berufe es eine größere Versammlung der Conservativen des Kreises und lege dieser den Plan vor. Die Actien müssen möglichst niedrig gestellt werden, es hat sich mit gutem Erfolg bewährt, sie auf 1 Thaler zu normiren, damit Jeder nach seinen Verhältnissen an der Zeichnung Theil nehmen könne. Mit diesen Actien wird ein Stamm-Kapital gegründet. Indem Jeder, sei es auch nur durch eine Actie, Miteigenthümer an dem Unternehmen wird, wird er zu dessen Vertheidiger. Er wird sich bemühen, ihm Abonnenten und Inserate zu verschaffen. Eine solche thätige Betheiligung, namentlich des kleinen Mannes, ist sehr wünschenswerth. Die Actien zahlen Dividende, sobald die Einnahmen des Blattes die Kosten übersteigen. Aus diesen Actienfonds wird zunächst die Caution gestellt. wenn — was allerdings von großem Vortheil für das Unternehmen ist, — sich nicht ein wohlhabenderes Mitglied der Partei findet, um die Caution privatim zu stellen; da dieselbe bei der General-Staats-Kasse verwaltet und mit vier Prozent verzinst wird, ist die Cautionsstellellung ohne alle Gefahr für den Kapitalisten, namentlich wenn sich die Gesellschaft verpflichtet, aus dem Actien-Kapital alle Verluste an der Caution durch gerichtliche Geldbußen zu decken, eventuell selbst einen höheren Zinsfuß zu zahlen. — Man schließe hierauf mit einem geeigneten zuverlässigen Buchdrucker genauen Contract. Dies kann entweder dahin geschehen, daß derselbe gegen Sicherung einer gewissen Abonnentenzahl und der Redaction auf sein Risico die Herausgabe des Blattes übernimmt, oder daß er nur als Drucker daran betheiligt ist und die Kosten für Druck, Papier und Versendung liquidirt. In diesem Fall wird von dem Comite ein besonderer Rechnungsführer mit der Leitung der Geldangelegenheiten betraut. Der Contract mit dem Buchdrucker muß sorgfältig vorsehen, daß das Unternehmen Eigenthum der Partei bleibt. — Für die Redaction muß in der oben angedeuteten Form gesorgt werden; wo dieselbe durch die vielen Geschäfte nicht als bloßes Ehrenamt geführt werden kann, mag der Redacteur aus den Erträgen des Blattes ein entsprechendes Honorar erhalten. — Das Actien-Capital bleibt zur Deckung der Ausfälle, zu Vorschüssen an den Drucker (für Papier) und zur Sicherung der Caution.

Alle Jahre oder halbe Jahre findet eine General-Versammlung der Actionäre statt, in welcher über den Stand des Blattes und der Geldangelegenheiten Bericht erstattet wird. Für die Redaction und die Verbreitung, wir wiederholen es, wird eine thätige Betheiligung am Inhalt immer von der größten Bedeutung sein. Viele locale Nachrichten und viele geschäftliche Inserate. Die Wohlhabenderen unserer Partei müssen ganz offen erklären, daß sie die Geschäftstreibenden im Kreise und Arbeitgeber bevorzugen werden, welche das Blatt halten oder darin inseriren lassen. Dies muß möglichst festgehalten werden, die Demokratie macht es eben so. — Der Preis des Blattes und die Insertionskosten müssen natürlich möglichst billig sein. Für die Handwerker-Inserate, für Arbeitsucher und Arbeitgeber sind besondere Rubriken etwa zu 1 Sgr. einzurichten.

Für den Inhalt des Blattes schlagen wir Folgendes vor: 1) Geeignete Leitartikel über schwebende politische Fragen, die in kurzer gedrungener und klarer Sprache den Lesern das Sachverhältniß und die Tendenzen der Frage auseinandersetzen und die falschen Verbreitungen der Demokratie bekämpfen. Namentlich zur Zeit der Landtags-Session. 2) Kurze übersichtliche Berichte über die Landtags-Verhandlungen. 3) In jedem Blatte eine kurze auszugsweise Uebersicht der politischen Tagesereignisse und Neuigkeiten seit dem Erscheinen der letzten Nummer, die Einzelnheiten etwa mit kurzen schlagenden Bemerkungen begleitet. (In Art der früheren „Dorfzeitung".) 4) Local-Nachrichten, Besprechung der localen und communalen Interessen. 5) Zur Unterhaltung eine kurze, oder in spannenden Fortsetzungen gegebene Geschichte. 6) Allerlei Vermischtes, unterhaltender, belehrender und materieller Natur. 7) Die Getreidepreise aus dem Kreise und von den nächsten Haupt-Märkten. 8) Verkehrs-Notizen. 9) Geburts- und Sterbe-Register, Kirchen-Anzeigen.

Zur Erlangung des Inhalts werden natürlich einige entsprechende Blätter gehalten werden müssen. — Wir führen unter den bereits bestehenden conservativen Zeitungen und Blättern folgende an:

1. Das Hauptorgan der Paatei, die Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung) in Berlin. 2. Das Preußische Volksblatt, Berlin. 3. Das Sonntagsblatt, Berlin. 4. Der Magdeburger Correspondent, Magdeburg. 5. Militärblätter, Berlin. 6. Berliner Kammer-Correspondenz, Berlin. 7. Das Wagenersche Staats- und Gesellschafts-Lexikon, Berlin. 8. Westfälischer Merkur, Münster. 9. Neue Hallesche Zeitung (Fricke), Halle. 10. Quedlinburger Volksblatt für Stadt und Land (Redakteur Nathusius), Quedlinburg. 11. Ostpreußische Zeitung, Königsberg in Pr. 12. Neues Bromberger Wochenblatt, Bromberg. 13. Neue Görlitzer Zeitung, Görlitz. 14. Elbinger Anzeiger, Elbing. 15. Katzbach-Zeitung, Katzbach, ist nicht mehr; der Ort „Katzbach" steht wahrscheinlich im Wagenerschen Staatslexicon. 16. Bote aus dem Riesengebirge zu Hirschberg. 17. Wanderer, Glaz. 18. Neue Stolper Zeitung, Stolpe. 19. Gubener Wochenblatt, Guben. 20. Der treue Pommer, Naugard. 21. Eisenbahn-Zeitung, Landeshut, Schlesien. 22. Rothenburger Wochenblatt. 23. Neue Pyritzer Zeitung, Pyritz. 24. Conservativer Volksfreund, Minden. 25. Erfurter Zeitung, Erfurt. 26. Der alte Fritz, Erfurt. 27. Das officiöse Wochen- und Kreisblatt in Demmin. 28. Das Weißenfelser Kreisblatt, Weißenfels. 29. Westfälische Kirchen- und Schulblatt, Paderborn. 30. Hellerweger-Anzeiger, amtliches Kreisblatt, Unna. 31. Lippstädter Kreisblatt, Lippstadt. 32. Altmärkisches Intelligenz- und Lehrblatt, Stendal. 33. Die Bürger-Zeitung (Handwerker) Berlin.

Die „Berliner Kammer-Correspondenz" (die Zeidler'sche), vom preußischen Volksverein begründet, bringt namentlich die Sitzungs-Berichte aus dem Herren- und Abgeordnetenhause in einer auszüglichen, für die Lokalpresse geeigneten Form und in conservativem Geist. Sie theilt zugleich alles Interessante und Neue aus Berlin mit und wird auch nach Schluß der Kammern zum halben Abonnementspreis (2 Thlr. monatlich bei freier Versendung je als Band) fortgesetzt werden, und während dieser Zeit geeignete Leitartikel über die Tagesfragen und Tages- und Wochenschau der berliner Ereignisse bringen. — Größere Artikel über politische Fragen sollen auf Bestellung an das Büreau des preußischen Volksvereins zu einem billigen Honorarsatz geliefert werden. In Betreff der Nummer 5 des vorgeschlagenen Inhalts der „Unterhaltung" ist das Bureau des preußischen Volksvereins in den Stand gesetzt, die Redactionen auf deren Wunsch mit Zusendung von geeigneten Novellen, Erzählungen ꝛc. zu unterstützen, oder ihnen die Quellen anzugeben, wo solche zu finden sind. Diese Lieferung geschieht ohne Honorarkosten und wird nur ausbedungen, daß das gelieferte gedruckte Material nach gemachtem Gebrauch frei wieder an das Bureau zurückgesandt wird.

In jedem speciellen Falle wird der Vorstand des Vereins sehr gern bereit sein, zur Gründung oder Gewinnung conservativer Organe mit seinem Rath — und — sofern es die Mittel und allgemeinen Zwecke des Vereins gestatten — materieller Hilfe an die Hand zu gehen."

Berlin, 29. Nov. [Ein Artikel des wiener „Botschafters."] Die „Sternzeitung", das Organ des Ministeriums, schreibt: Der wiener „Botschafter" enthält in Nr. 324 folgenden Artikel:

Wien, 26. November.

„In Kassel trieb zum Thor hinein
Hanns Tapps den Esel Baldewein."
Altes Lied.

Wenn wir, ohne im Augenblick Vattel nachschlagen zu können, nicht irren in der Ansicht, daß sich in der Form des Verkehrs zwischen den Staaten nicht nur die Achtung ausspricht, welche ein Staat dem andern erweisen will, sondern auch die, welche er vor sich selbst hat, so ist die Sendung des preußischen Feldjägers nach Kassel eine überraschende Erscheinung. Die preußische Politik hatte sich bisher durch Bescheidenheit nicht ausgezeichnet. Sie pflegte sogar eine vornehmere Miene anzunehmen, als es sich für die kleinste Großmacht eigentlich paßte. Diesmal das Gegentheil. Bescheidener kann man nicht sein, gemeiner kann man sich nicht machen, als es diesmal Preußen thut! Herr v. Bismarck ist freilich ein Mann der Extreme. Dem Genie ist der Fehler eigen, daß es eben so leicht unter als über das Ziel schießt, Diesmal ist augenscheinlich das Erste geschehen. Herr v. Bismarck ist offenbar von dem formlosen Geiste der Kneipenpolitik aus der Zeit der Frühstücke mit dem Demokraten Oester fortgerissen gewesen, als er den Feldjäger nach Kassel abschickte. Immerhin aber bleibt es merkwürdig, daß die preußische Politik, so viel Gründe zur Bescheidenheit sie auch haben mag, sich dennoch nicht gegen den Gedanken empört, in den „internationalen" Geschäften mit einem anderen Bundesstaate — der deutsche Bund ist für Preußen bekanntlich eine „internationale" Einrichtung — diesmal noch unter Sobbe und Putzky herabzusteigen!

Man könnte die Sache freilich auch so erklären, daß es sich um eine durchaus geringfügige Angelegenheit handele. Auch die Wichtigkeit des Geschäfts drückt sich in der Form des Verkehrs aus, welcher zwischen Staaten vor sich gebt. Vielleicht liegt den Preußen nicht viel an der Art, wie die Dinge in Kassel verlaufen. Wozu also viele Umstände? „Kerl!" — sagt der Herr v. Bismarck zum Feldjäger, — „kannst Du gut laufen? — So laufe und trage den Brief da nach Kassel!" — „Srrrr wohl!" sagt der Feldjäger, und trägt den Brief nach Kassel. Das scheint uns am Ende die einfache Erklärung der Sache, und in jeder Beziehung unpassend müssen wir es nennen, wenn von den öffentlichen Blättern die Sendung des preußischen Feldjägers mit der Sendung des österreichischen Feldmarschall-Lieutenants in irgend eine Vergleichung gezogen wird. Für Oesterreich handelt es sich in Kassel um Angelegenheiten von allgemeiner vaterländischer Bedeutung, Preußen hatte einfach einen groben Brief nach Kassel zu schicken, das ist Alles.

Die „Sternzeitung" fügt hinzu: „Man hat bisher vielfach die Versicherung aussprechen gehört, daß der „Botschafter" in unmittelbarer Beziehung zu dem österreichischen Ministerium oder einzelnen Mitgliedern desselben stehe. Wer den oben mitgetheilten Artikel liest, wird sich davon überzeugen, daß jene Versicherung durchaus unbegründet ist." Das ist natürlich — meint die „Volksztg." — nur eine offiziöse Redensart. Der „Botschafter" steht vollständig im Solde der österreichischen Regierung. Ganz so wie sich die preußische Regierung von ehemaligen demokratischen Flüchtlingen Zeitungen zu ganz außerordentlichen Zwecken schreiben läßt, macht es die österreichische Regierung. Der Unterschied liegt nur in dem Gegenstand des Angriffs. Der gemeine und pöbelhafte Ton ist bei beiden gleich.

Berlin, 29. Nov. [Oppermann.] Die „Ger. Z." schreibt: Der Abgeordnete Staatsanwalt z. D. Oppermann hat bei Gelegenheit der Rundreise, welche er vor einigen Tagen in seinem Wahlbezirke in der Priegnitz unternommen hat, geäußert, er würde durch die Verhältnisse gezwungen, in nächster Zeit sich außerhalb des preußischen Staates eine Stellung zu suchen. Diese Aeußerung hat allgemeines Aufsehen erregt und ist im höchsten Grade auffällig gewesen, da dem Herrn Oppermann durch seine Stellung als Abgeordneter, durch das aus Staatsfonds ihm zustehende Wartegeld und durch den ihm aus dem Nationalfonds bewilligten Zuschuß anscheinend eine ganz angenehme Stellung in den preußischen Staaten gesichert zu sein scheint. Wir können vielleicht zur Aufklärung der Aeußerung des Herrn Oppermann etwas beitragen, wenn wir hier ein uns aus guter Quelle zugekommenes Gerücht mittheilen. Wie wir hören, soll nämlich der Justiz-

Minister, Graf zur Lippe, welcher dem Herrn Oppermann ein besonderes Interesse zu schenken scheint, die Absicht haben, gegen den Herrn Oppermann eine auf Entfernung aus dem Amte ohne alle Pension gerichtete Disciplinaruntersuchung einzuleiten, weil derselbe einen Zuschuß aus dem Nationalfonds angenommen hat. Graf zur Lippe soll es für eine mit den Pflichten und der Ehrenhaftigkeit des Beamtenstandes nicht verträgliche Handlung halten, wenn ein Beamter aus einem Fonds, dessen regierungsfeindliche Zwecke so offen ausgesprochen worden seien, Unterstützungen annimmt. Dieser Schachzug wäre allerdings in dem Kampfe zwischen dem Ministerium und dem Nationalfonds ein sehr wichtiger. Die Verwalter des Nationalfonds sollen bereits einen Gegenzug dahin beschlossen haben, daß sie die von ihnen bewilligten Zahlungen nicht mehr an die gemaßregelten Beamten selbst, sondern an deren Frauen oder sonstige Angehörige zahlen werden. Auch die Regierungsbehörden bewilligen nicht selten den Frauen von Beamten, welche mit Executionen verfolgt werden, Unterstützungen, um diese letzteren vor einer Beschlagnahme zu schützen. Wir sehen hier also einen interessanten Kampf zwischen den einzelnen Gewalten und Autoritäten im Lande entbrennen. Allerdings hängt die Entscheidung zunächst vom großen Disciplinarhofe ab, vor welchen Herr Oppermann, wenn das von uns mitgetheilte Gerücht in der Wahrheit beruhet, von seinem früheren Collegen, Graf zur Lippe, zu stellen sein würde. Dieser würde darüber zu entscheiden haben, ob der § 2 des Disciplinargesetzes vom 21. Juli 1852 auf einen Beamten Anwendung findet, welcher aus dem Nationalfonds Unterstützung annimmt. Dieser § 2 lautet: „Ein Beamter, welcher sich durch sein Verhalten außem dem Amte der Achtung, des Ansehens oder Vertrauens, die sein Beruf erfordert, verlustig macht" u. s. w. Die Entscheidungen des Disciplinarhofes gewähren aber für den Beamtenstand nur eine geringe Gewähr, denn das Staatsministerium kann nach den eigenthümlichen Bestimmungen des Disciplinargesetzes durch seinen die Anklage führenden Vertreter gegen die Urtheile des Disciplinarhofes an sich selbst appelliren, so daß schließlich die Entscheidung über das Schicksal der Beamten lediglich beim Ministerium beruhet. Nur in dem Falle, wenn der Disciplinarhof auf Freisprechung erkannt hat, ist das Ministerium in seiner Entscheidung beschränkt, indem dasselbe dann nach § 46 nur noch auf Stellung zur Disposition erkennen kann, welche über Herrn Oppermann bereits verhängt ist, und es kann Jemand ebenso wenig zweimal zur Disposition gestellt werden, wie er zweimal gehängt werden kann. Der § 46 des Disciplinargesetzes ist für den Beamtenstand ein sehr bedenklicher. Auf Grund desselben kann jeder Beamte mit Ausnahme der Richter, wenn das Ministeririum den Weg der Disciplinar-Untersuchung einschlägt, vom Ministerium zur Disposition gestellt werden, mag ihn der Disciplinarhof in erster Instanz freigesprochen haben oder nicht.

[Neuwahl.] Die „Magd. Z." meldet, daß in einer zu Magdeburg abgehaltenen Versammlung von Wahlmännern Herr v. Unruh in einer vorläufigen Abstimmung 173 Stimmen erhalten hat. Da dies bereits 7 Stimmen über die absolute Miajorität sind, so unterliegt es keinem Zweifel, daß Herr v. Unruh an Stelle des zurücktretenden Herrn Hermann zum Abgeordneten gewählt werden wird.

Danzig, 28. Nov. [Ankunft des Prinz-Admirals. — Preuß. Kriegsschiffe.] Se. königl. Hoh. der Prinz-Admiral traf, wie das „D. D." meldet, heute Vormittag in Begleitung seines Adjutanten, Lieutenant z. S. 1. Kl. Bartsch, mit dem Schnellzuge hier ein und stieg im „Englischen Hause" ab. — Die zweite in England gekaufte Kriegsbrigg „Mosquito" ist gestern unter Commando des Lieutenants z. S. Berger hier eingetroffen, und wird bereits eben so wie die Brigg „Rover" an der königlichen Werft abgetakelt. Das dritte gekaufte Schiff, die Fregatte „Niobe", unter Commando des Lieutenants z. S. Hassenstein, soll heute auch schon auf der Rhede vor Anker gegangen sein, auf demselben ist auch der bei dem ganzen Uebernahme-Geschäft leitend gewesene Korvetten-Kapitän Henck zurückgekehrt.

Deutschland.

Bernburg, 27. Nov. [Auch Loyalitätsadressen.] Hier zu Lande wird dasselbe Spiel mit Loyalitätsadressen getrieben, wie in Preußen. Minister v. Schätzell läßt sich in Adressen an die Herzogin seine Unentbehrlichkeit als Minister attestiren. „Auf allerhöchsten Spezialbefehl" ist so eben auf die verschiedenen Kundgebungen folgender Bescheid erlassen worden:

„Im höchsten Auftrage Ihrer Hoheiten des Herzogs und der Frau Herzogin-Mitregentin haben wir dem Schützenhauptmann Herrn Briedenhahn und Genossen zu Harzgerode (dem Gemeinderathe und der Bürgerschaft zu Gernrode, dem Gemeinderathe und der Bürgerschaft zu Güntersberge, und dem Schulzen Heine und Genossen zu Tilkerode) zu eröffnen, daß Ihre Hoheiten aus der Höchstihnen durch eine Deputation überreichten Adresse vom 8. d. M. (5. d. M.) mit großer Befriedigung von den darin kundgegebenen Gesinnungen der Treue und Ergebenheit gegen Höchstihre Personen und von dem Ausdrucke der Zufriedenheit mit der Staatsregierung Kenntniß genommen haben. Ihre Hoheiten geben bei diesem Anlaß gern die Versicherung zu erkennen, daß Höchstihre Fürsorge stets dahin gerichtet sein werde, des Landes Wohlfahrt nach Kräften zu fördern, und halten an dem Vertrauen fest, daß Ihre Behörden diesen Ihren Absichten auch ferner mit Gewissenhaftigkeit und Umsicht entsprechen werden. Ihre Hoheiten zweifelten auch nicht, daß die neuerlich von einer Seite hervorgetretenen Bestrebungen, das zwischen Regierung und Land seit langen Jahren bestandene wohlbegründete Vertrauen zu stören, von allen Gutgesinnten im Lande eben so entschieden werden zurückgewiesen werden, als dies von den Unterzeichnern der Adresse geschehen ist."

Mecklenburg. Malchin, 26. Nov. [Vom Landtage.] Der diesjährige Landtag hat gleich nach den ersten Sitzungen eine sehr kümmerliche Physiognomie angenommen, indem die bürgerlichen Gutsbesitzer sich bis auf ein Minimum gänzlich zurückgezogen und dem Adel das Feld gelassen haben, der nun mit gewohnter Kürze alle Fragen beseitigt, die seinen Beifall nicht haben, nur die Wilddieberei und der Jagdfrevel, welche mit den noblen Passionen collidiren, dehnten heute die Debatte bis zum Ueberdruß aus, und fast wäre die Tafelzeit mit darauf gegangen, wenn es unter jenen Herren nicht auch solche gegeben hätte, welche diese Gaben in ganz besonderem Maße zu schätzen wissen. Dem Adel waren die Strafbestimmungen immer noch nicht hart genug, und selbst wenn Jemand mit der Flinte auf öffentlicher Landstraße geht, soll er noch den Hahn abschrauben oder ein Tuch um das Schloß binden. Da diese und ähnliche Bestimmungen der Landschaft zu hart schienen, so verging die Zeit während des Debattirens und man mußte ohne Beschluß die Sitzung aufheben.

Italien.

Neapel, 22. Nov. [Die Aufhebung des Belagerungszustandes] hat wieder eine Unmasse von Zeitungen ins Leben gerufen. Das „Popolo d'Italia" hat wieder seine Publicationen und somit seine Angriffe gegen das Ministerium begonnen, führt dieselben jedoch mit etwas mehr Mäßigung und Würde, als dies vor dem Belagerungszustande der Fall war. Eine Reihe anderer Oppositionsblätter, wie „Roma", „La pietra infernale" 2c. bekämpfen mit Einstimmigkeit das Ministerium Ratazzi. Unter der hiesigen Presse ist auch nicht ein einziges für dasselbe in die Schranken getreten. Man erwartet daher auch allgemein den Rücktritt desselben oder Auflösung der Kammern. Im letzteren Falle wird wenigstens, was die neapolitanischen Provinzen angeht, bei der Neuwahl der Deputirten das jetzige Ministerium eine entsetzliche Niederlage erleiden. Denn die getäuschten Erwartungen in Bezug auf die römische Frage haben es sehr unpopulär gemacht. — Auf der Eisenbahnlinie, die von Salerno nach Civitella del Tronto führen wird, sollen ungefähr 32,000 einheimische Arbeiter beschäftigt werden. Der Winter bietet also den Arbeitslustigen gute Aussichten dar.

[Ratazzi,] der ein sehr gewandter Redner ist, hat die Aufmerksamkeit der Abgeordneten vier volle Stunden in Anspruch genommen und über diejenigen Punkte, auf welche alle Welt Aufschluß erwartete, doch nichts oder so gut wie gar nichts gesagt. Die telegraphische Depesche, die uns gestern darüber zuging, gab zwar nur eine sehr verwaschene Skizze des Inhaltes, aber wenn der Conseils-Präsident Wichtiges und Neues vorgebracht hätte, so müßten wir es doch heute schon wissen. Augenscheinlich war sein Hauptstreben dahin gerichtet, sich der Rechten dadurch zu empfehlen, daß er gegen Nicotera's Behauptung, er habe der Linken zu einem Bündnisse die Hand angeboten, alle seine Thaten schilderte, die er gegen den Mann von Sarnico und Aspromonte und gegen den großen italienischen Unabhängigkeits-Verein, den er auflösen ließ, gethan. Ueber den Belagerungszustand in beiden Sicilien und über die Verhaftung der drei neapolitanischen Deputirten hatte man Aufschlüsse und sogar Auszüge aus compromittirenden Papieren, die Lamarmora eingesandt haben sollte, erwartet; wir finden jedoch in dieser Beziehung eine vollständige Lücke in der Rede, eine Erscheinung, die man in Paris und Brüssel mit einiger Verwunderung bemerkt hat. Hat Ratazzi wirklich gegen die Anklagen der Linken nichts Schlagendes in Händen, so bietet er dieser eine Blöße, durch die seine ministerielle Existenz ernstlich gefährdet ist. Auf der anderen Seite freilich läßt die „Independance belge" sich aus Turin berichten, Ratazzi habe den König bewogen, falls er ein Mißtrauens-Votum erhalte, wirklich die Kammer auflösen zu dürfen, und für diesen Fall hätten Farini, Minghetti und andere Führer der jetzigen Majorität ihren Eintritt ins Cabinet zugesagt. Wir bitten um Vorsicht gegen diese Nachricht; auf eine solche Combination wird seit Wochen hingearbeitet; sie ist daher zwar möglich, hat aber bisher noch wenige Chancen gewonnen, und selbst, wenn Farini Minister des Auswärtigen an Durando's Stelle würde, wem wäre damit geholfen? Weder dem Lande, noch dem Cabinette; denn Farini ist zwar eine zweideutigere diplomatische Figur, als Durando, indeß Annexionist ist er so gut, wie jener, und in Rom wo möglich noch verhaßter, als der General.

„Popolo d'Italia" meldet, daß an dem Abende, an welchem der Belagerungszustand in Neapel aufgehoben wurde, iu mehreren Kaffeehäusern die Garibaldi-Hymne gespielt wurde, wobei die Rufe: „Es lebe der Verwundete von Aspromonte! Es lebe der Rebell! Es lebe die Freiheit!" ertönten. Demselben Blatte zufolge hat das Brigantiwesen während des Belagerungszustandes mächtig überhand genommen, und die vorgenommene allgemeine Entwaffnung habe die Erbitterung nur gesteigert. Alle Straßen wimmeln von Räubern, und die Postwagen, welche den Verkehr zwischen der Hauptstadt und den Provinzen vermitteln, müssen stets von einer Compagnie Soldaten escortirt werden. Einige Reisende aus den Abruzzen haben, um ohne Lebensgefahr nach Neapel zu kommen, die Fahrt auf dem adriatischen Meere bis Ancona zurückgelegt, sind von dort mit der Eisenbahn nach Genua und dann weiter zur See nach Neapel gefahren. Ackerbau und Viehzucht, die hauptsächlichsten Erwerbsquellen jener Provinzen, liegen ganz darnieder, und der hohe Preis des Fleisches ist eine der nachtheiligen Folgen dieser Zustände.

[Ueber die Stimmung in Venetien] wird der „Köln. Z." aus Venedig den 17. Novbr. geschrieben: „Wenn man sich in Wien nicht in der zwölften Stunde noch anders besinnt, so wird man hier demnächst zum berühmten Messer „ohne Heft und Klinge" ein Seitenstück erleben. Venetien soll, wie man bestimmt versichert, eine Constitution gekommen, wird aber, wie man noch bestimmter voraussagen kann, keine Abgeordneten dazu liefern. Wohldienerische Zeituugs-Correspondenten füttern zwar seit geraumer Zeit die Ente, daß der venetianische Löwe endlich einmal zu schweifwedeln anfange, und demüthig vor den Thoren des Reichsratbes in Wien Einlaß begehre. Niemand aber sah in ähnlichen optimistischen Berichten, die jedesmal durch die gesammte österr. Presse von Wien bis Augsburg die Runde machen, etwas mehr als einen frommen Wunsch der betreffenden Berichterstatter; nur der Staats-Minister scheint sie für baare Thatsache gehalten zu haben, als er sich zur Abfassung des lombardisch-venetianischen Landesstatuts, das schon fix und fertig daliegen soll, bestimmen ließ. Oder hat der Staats-Minister vielleicht dem Rathe jener doctrinären Staatskünstler in Wien gelauscht, die in Ministerial-Kanzleien Amt und Schule haben und ihren Regierungsbezirk nur aus amtlichen Acten, von der Landkarte oder höchstens von einer Lustreise her kennen? Hier freut man sich im Voraus auf das Fiasco, das sich die Regierung selbst bereitet, und wenn es auch nicht zu leugnen ist, das sich für die Idee einer Separat-Constitution eine Partei zusammenfinden ließe, so antwortet man doch Jedem mit Hohngelächter, der den Italienern zumuthet, ihr natürliches Vaterland zu verrathen und mit Dolmetschern an der Seite im wiener Reichsrathe zu erscheinen,, um sich daselbst majorisiren zu lassen. Aber nicht nur im Zwecke, sondern auch in der Wahl der Mittel hat man in Wien gewaltig fehlgegriffen. Weil nämlich der Redacteur des von der Regierung subventionirten „Giornale di Verona", Hr. Perego, im Widerspruche mit seinen früheren Ansichten die Publizirung des Statuts mit Feuereifer befürwortet, so glaubt man mit Fug und Recht, daß er auf höhere Bestellung so schreibe. Der Name Perego aber ist in ganz Italien verhaßt und scheint sich zum Amte eines Vermittlers zwischen Venetien und Oesterreich am allerwenigsten zu eignen. Perego ist einer von Jenen, die redlich mit geholfen haben, den Credit Oesterreichs beim venetianischen Volke noch tiefer unter den Gefrierpunkt herabzudrücken. Außerdem sollte die Regierung so viel Einsicht haben, daß hier unter keinen Umständen Jemand in den mit einer Hand hingehaltenen Köder einbeißt, so lange sie die Zuchtruthe in der anderen Hand in altgewohnter Weise schwingt. Es ist ein sonderbares Zusammentreffen, daß zu der Zeit, wo die Regierung hier das Banner des Liberalismus aufsteckt, von ihren Organen zwanzig angesehene hiesige Bürger, wahrscheiniich wieder auf den Traum eines Polizei-Commissars hin, in den Kerker geworfen und durch eine gewaltsame Deutung des angeschuldigten Verbrechens den Militärgerichten übergeben werden. Wenn ferner die constitutionellen Absichten der Regierung wirklich gelängen, so wären das doch gar zu traurige Abgeordnete, welche auf ihrer Reise an den Sitz des Landtages so vieler Paßvisa benöthigten, als sie Städte durchreisten, und es klänge gar zu sonderbar, wenn die Regierung Abgeordnete zur freien Meinungs- und Willens-Aeußerung einberufen wollte, so lange die Freiheit des Meinungs-Austausches in Privatkreisen durch Legionen von Polizei-Spionen belagert wird und an der Minciogrenze eine unerhörte Gedankensperre gegen die Literatur des eigenen Vaterlandes besteht."

Frankreich.

Paris, 27. Novbr. Hr. v. Banneville, Chef der politischen Direction im auswärtigen Amte, ist gestern durch den Telegraphen zu Hrn. Drouyn de Lhuys nach Compiègne berufen worden. In der am Sonntag daselbst abgehaltenen Minister-Versammlung soll beschlossen worden sein, daß Frankreich, ohne gerade die Candidatur des Prinzen Alfred zu billigen, sich derselben nicht widersetzen und sie, im Falle sie durch Volksabstimmung durchginge, anerkennen würde. — Vom Gegen-Admiral Tauchard, dem Commandanten der französischen Flottenstation in den griechischen Gewässern, ist die offizielle Mittheilung eingetroffen, daß England die Insel Lemnos besetzt habe, um daselbst eine Steinkohlen-Niederlage zu errichten. — Auch heute spricht man viel von schlimmen Nachrichten aus Mexiko. General Forey ist durch Mangel an Transportmitteln und die total durchweichten Wege außer Stande, vorzurücken. — Der Ober-Erziehungsrath wird sich am 4ten Dezember versammeln, um über den Rekurs zu entscheiden, den Hr. Leroy, der Director der in dem Saale der Rue de la Paix abgehaltenen Conferenzen, gegen die Schließung dieser Vorlesungen eingelegt hat. — Hr. Mirès hat jetzt wieder ein eigenes Journal. Er hat das „Echo de la Presse" angekauft und einen Vertrauensmann, Herrn Morel, als Geranten für das vollständig zu reformirende Blatt durchgesetzt. — Hr. v. Laguerronière soll durch das Ministerium verhindert werden, seine bereits angekündigten Briefe über die nothwendige Uebereinstimmung der inneren und auswärtigen Politik des Kaiserreiches zu veröffentlichen.

Paris, 27. Nov. [Was die griechische Angelegenheit betrifft,] so erregt dieselbe hier fortwährend große Besorgniß. Sehr bemerkt wird hier, daß die englischen Consuln an den Orten, wo Griechenland keine Consuln hat, beauftragt sind, die Stimmzeteel der im Auslande wohnenden Griechen in Empfang zu nehmen. Das englisch-griechische Comite hat angeordnet, daß seine Anhänger nur solche Deputirte wählen, die sich dazu verpflichten, zu Gunsten des Prinzen Alfred zu stimmen. Das in London sitzende englische revolutionäre europäische Comite hat sich jetzt ebenfalls an dem Kampfe in Griechenland betheiligt. Die Agenten, die es nach dorthin absandte, haben die Instruction, nichts gegen die Candidatur des Prinzen Alfred zu unternehmen, aber zugleich dahin zu wirken, daß die Annexions-Ideen in den türkischen Provinzen in Aufschwung kommen.

Schweden.

Stockholm, 24. Nov. „Aftonbladet" schreibt: Von zuverläßiger Seite wird berichtet, daß in diesen Tagen von Griechenland durch das englische Cabinet dem Prinzen Oscar das Anerbieten gemacht worden, Griechenlands erledigte Königskrone anzunehmen, und das Gerücht fügt hinzu, daß Prinz Oscar, wie es auch ganz wahrscheinlich ist, dies Anerbieten abgelehnt hat.

Großbritannien.

E. C. Die „Post" ist der Hellenisirung des Prinzen Alfred günstig. Sie sucht vor Allem zu beweisen, daß die Umstände, unter denen die Griechen heute zur Wahl schreiten, von denen, die König Otto's Wahl begleiteten, ganz verschieden sind. Vor 32 Jahren hätten sie die drei Mächte aufgefordert, ihnen einen König zu ernennen. Von einer Wiederholung dieses Experiments sei diesmal keine Rede. Auch habe man die frühere Verfassung, die den König bis zum 20. Lebensjahr für minderjährig erklärte, als tabula rasa zu betrachten. Nun, fährt die „Post" fort, ist die Erwählung des Prinzen Alfred durch die National-Versammlung ein so gut wie ganz gewisses Ereigniß. Es wird daher Zeit zu erwägen, welches die Folgen wären, wenn der Prinz den Rath erhielte, ein so schmeichelhaftes und wahrscheinlich beinahe einstimmiges Anerbieten abzulehnen. Höchst wahrscheinlich würden die Griechen in diesem Falle sich wieder an den Herzog von Leuchtenberg halten. Und diese letztere Wahl wäre das Signal zu Angriffsplänen, welche die Ruhe des Orients stören würden. Außerdem wollen die Griechen von uns mehr, als bloß einen Prinzen haben. Ihr Wunsch nach Einverleibung der jonischen Inseln in das Königreich Griechenland ist gewiß nur natürlich. (Diese Ansicht der „Post" wird ihren Lesern sehr neu vorkommen.) Die Jonier, glauben wir, haben denselben Wunsch. Die Inseln sind für uns längst eine Schwierigkeit; sie sind der einzige ausländische Besitz, den wir uns nicht zum Freunde zu machen vermocht haben; und unsere Behauptung derselben hat gewisse fremde Mächte zu einer Eifersucht gereizt, die wir sehr bedauern. Solche Erwägungen liegen natürlich auf der Hand. Aber bis jetzt ist noch kein formeller Antrag an uns gerichtet worden und bis dahin werden alle bestimmten Schlußfolgerungen vorzeitig bleiben, und wird es unsere Pflicht sein, in der bis jetzt beobachteten Neutralität zu verharren.

— Einen Beweis, daß das an der Westküste von Afrika zur Bekämpfung des Sclavenhandels kreuzende Geschwader nicht ganz unnütz ist, liefert das Beispiel der Dampfschaluppe Ariel, die im letzten Jahre nicht weniger als 26 Sclavenfahrer aufgebracht hat. Es waren allerdings keine civilisirten, sondern eingeborene Seelenverkäufer, mit denen der Ariel es zu thun hatte; aber im Kampfe waren sie durchaus nicht zu verachten, sie stellten sich verzweifelt zur Wehre und manche dieser gut armirten Schiffe hatten über 100 Sclaven an Bord.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 1. December.

Versammlung der Mitglieder des National-Vereins, Sonntag den 30. November.

Den oft und lebhaft geäußerten Wünschen der liberalen Partei Breslau's nachgebebend, hat der Gründer der deutschen Genossenschaften, der hervorragende Führer der Fortschritts-Partei, Herr Schulze-Delitzsch, unsere Stadt heute mit seinem Besuche erfreut. Der verehrte Gast war mit dem berliner Frühzuge hier eingetroffen und im Hotel zur goldenen Gans abgestiegen, wo ihn die Vertreter der gesammten liberalen Partei auf's herzlichste begrüßten. Im Laufe des Vormittags wurde der verehrte Gast durch eine kleine Ovation angenehm überrascht. Die Sänger des hiesigen Handwerker-Vereins trugen im Flur des Hotels mehrere patriotische deutsche Lieder vor. Freundlich dankend, legte Herr Schulze den Sängern, als deutschen Jünglingen, an's Herz, die Pflege des deutschen Gedankens nicht zu vernachlässigen. Wenn das deutsche Vaterland erst wirklich ein einiges und großes sei, dann werde auch die allgemeine Wohlfahrt, das Glück des Handwerks steigen.

Die heut Abend stattgehabte Versammlung der Mitglieder des deutschen National-Vereins füllte sämmtliche Räume des Liebich'schen Saales, der mit Fahnen in allen Farben und den Wappenschildern der schles. Städte reich dekorirt war. An der Hauptfront prangte das schwarz-roth-goldene Banner, und die sinnig drapirte Rednerbühne schmückte der Reichsadler. Als der Abgeordnete Schulze-Delitzsch eintrat, erhob sich die ganze Versammlung, um den verehrten Gast zu begrüßen.

Zunächst ergriff das Wort Hr. Justiz-Rath Fischer: Ich eröffne die Versammlung und ersuche Sie einen Präsidenten für den heutigen Abend zu wählen.

Hr. Director Wachler: Ich ersuche die geehrte Versammlung, den Vorsitz Hrn. Justizrath Fischer zu übertragen, und dies durch Aufstehen zu erkennen zu geben. (Die Versammlung erhebt sich einmüthig.)

J.-R. Fischer: Ich sage Ihnen meinen Dank und ersuche Sie, 4 Beisitzer zu ernennen; ich schlage Ihnen die Herren Laßwitz, Dr. Elsner Commerzien-Rath Molinari und v. Brackel vor. (Die Versammlung giebt ihre Zustimmung.)

Vorsitzender J.-R. Fischer: Ehe ich zur Tagesordnung übergehe, liegt mir eine Pflicht ob, die uns Alle mit der größten Wehmuth erfüllt. Der

Dichtergreis **Uhland** ist nicht mehr. Wir Alle kennen den Zauber und die Tiefe und die Macht seines Gesanges, und eine Liebe für Recht und Vaterland; ein Sohn der Gauen, wo die Minnesänger walten, wo unser Schiller geboren, kämpfte er, nicht mit der Lanze, nicht mit dem Schwert, aber mit der Waffe des Wortes; er war einer der ältesten Kämpfer für die Reichsverfassung 1849. Wenn französische Blätter aussprechen, daß Europa ihn verloren, so fügen wir hinzu, er war der unsere. Sein Andenken läßt uns aber eine Hoffnung; ein Volk, welches einen solchen Helderdichter erzeugen konnte, hat auch die schöpferische Kraft nach Einheit und Einheitsstaat zu streben; sein Andenken wird nicht vergehen, so lange wir Deutschen unsere Sprache haben. Und wir wolleu uns ehren, indem wir wehmüthig Seiner gedenken und uns von unseren Plätzen erheben. (Die Versammlung erhebt sich.)

Und nun habe ich noch eine angenehme Pflicht zu erfüllen. Der Vorstand unseres Notionalvereins hat uns nämlich Hrn. **Schulze-Delitzsch** hergesendet. Wir danken ihm und Ihnen, verehrtester Herr, daß Sie zu uns gekommen sind. Sie sind uns nicht fremd. Die liberalen Parteien unserer Stadt hängen längst mit Liebe an Ihnen, nicht blos wegen Ihrer Talente, sondern auch wegen Ihres Wirkens für die Hebung der sozialen Verhältnisse, für die Aufrechthaltung unserer Verfassung, für die Erstrebung eines Einheitsstaates. Erlauben Sie mir, daß ich im Namen der Mitglieder des Nationalvereins und im Namen aller liberalen Parteien dieser Stadt Sie herzlich begrüße. (Die Versammlung erhebt sich unter stürmischem Zuruf.)

Hr. **Schulze**: M. H.! Ich danke für die so freundliche Aufnahme, die Sie mir haben angedeihen lassen, und die mir wieder ein Beweis davon ist, daß die Sache, in deren Dienst ich vor dem Lande und vor Ihnen stehe, bei Ihnen allen in Ihrer eigenen Brust einen so entschiedenen Anwalt findet, daß es in der That keiner großen Kunst bedürfen wird, um, wenn wir weiter verhandeln, Ihnen, meine Herren, gerecht zu werden! (Lebhafter Beifall.)

Nachdem der **Vorsitzende** hierauf die Tagesordnung mitgetheilt, verliest er folgenden **Rechenschaftsbericht**: Die Zahl der Mitglieder des National-Vereins, welche sich hier in Breslau zum Beitritt gemeldet hatten, zu denen jedoch auch viele Bewohner der Provinz gehörten, betrug am 16. Septbr. 1861, als dem Jahrestage des Vereins, 200; bis Ostern 1862 verdoppelte sich die Zahl. Seit der Zeit trat Stillstand ein; doch rechne ich darauf, daß im Laufe dieser Woche und namentlich am heutigen Tage etwa 100 hinzugetreten sein können.

In Mitelschlesien, wozu ich allerdings Neisse, Kreuzburg und selbst Oppeln rechne, ist, so viel ich weiß, mit Ausnahme der Stadt Löwen, die Anmeldung durch mich erfolgt. Vor allen hat der National-Verein in dem für jedes politische Leben so empfänglichen Brieg, in Neisse und in der Grafschaft großen Anklang gefunden. In der Grafschaft sind in Glaz, Neurode und Habelschwerdt verhältnißmäßig viele Mitglieder des Vereins, und wir verdanken es in diesen Städten einzelnen Männern, die sich der Sache mit Energie annehmen. Auch in anderen Städten, wie Waldenburg, Striegau, Freiburg, Kanth u. s. w. ist die Sache des National-Vereins vertreten. Vor allen ist Kreuzburg zu nennen. In dieser Stadt, welche fast am östlichsten in unserer Provinz liegt, und von slawischen Bewohnern umgeben ist, hat sich ein reger deutscher Sinn gezeigt. Gleiches kann ich leider nicht von dem fast in der Mitte Schlesiens gelegenen Schweidnitz sagen. Hier fehlt fast jede Theilnahme, und selbst die in Königszelt abgehaltene Versammlung konnte sie nicht herbeiführen. In Hirschberg haben sich in Folge der Aufforderung des Herrn Dr. Elsner eine Menge Mitglieder bereits gemeldet, und wir können uns der Hoffnung hingeben, daß recht bald dort eine Versammlung stattfinden wird. Hoffentlich werden Landeshut und Schmiedeberg nachfolgen. In Niederschlesien leitet der verehrte Abgeordnete Herr Aßmann die Geschäfte, und soll in Liegnitz eine bedeutende Zahl von Mitgliedern bestehen. Die Thätigkeit der Mitglieder des National-Vereins in Görlitz ist uns aus den öffentlichen Blättern bekannt. In Oberschlesien sind es namentlich Gleiwitz und Kattowitz, wo Mitglieder des National-Vereins für die Idee desselben wirken.

Aus dem Geschäftsberichte des Geschäftsführers des Gesammt-Vereins entnehme ich, daß am 16. Sept. 1861 Schlesien 356 Mitglieder zählte. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß die Zahl in Folge der Wahlen im November vergangenen Jahres gegenwärtig bis auf 1000 gestiegen ist; allerdings höchst unbedeutend für eine Provinz, welche zwischen 3 und 4 Millionen Menschen zählt. Wenn man berücksichtigt, daß das kleine Großherzogthum Hessen schon am 16. Septbr. 1861: 1416 Mitglieder, das unterdrückte Schleswig-Holstein 337 Mitglieder und Westfalen, welches nur ein Drittel der Einwohner von Schlesien zählt, 2298 Mitglieder hatte, dann befinden wir uns noch im großen Rückstande.

Bei der koburger General-Versammlung wurde Schlesien durch vier Mitglieder, zwei aus Brieg, einem aus Gleiwitz und einem aus Breslau vertreten.

Das vergangene Jahr vom September 1861 bis dahin 1862 ist hinsichtlich des National-Vereins in Schlesien in zwei Zeiträume zu theilen — vor und nach dem Hagenschen Antrage. Bis zu diesem Ereignisse vermehrte sich bei uns der Verein nicht blos in der Zahl, sondern auch im Innern war Leben, Frische und Thätigkeit. Wie immer hatten die Wahlen eine größere Theilnahme am politischen Leben hervorgerufen, und in der Provinz war es der National-Verein, welcher die verschiedenen Parteien einigte, und in Folge dieser Einigung ein gemeinschaftliches Wirken für die Wahlen herbeiführte. Bei uns in Breslau gestatteten es die obwaltenden Verhältnisse nicht, und vielleicht war es für die Befestigung der Einigung gut und nützlich, daß erst der Kampf der Gegenwart und die Nothwendigkeit diejenigen zusammenführte, welche in gleicher Weise für die Verfassung, für die gleichen Rechte aller Staatsbürger, wie für den deutschen Einheitsstaat ringen und kämpfen.

Wir kamen im Herbste vergangenen Jahres zusammen und einigten uns in Breslau, wie später in Königszelt dahin, nur Männer deutscher Gesinnung zum Abgeordnetenhause zu wählen. Später fand noch eine Versammlung am hiesigen Orte wegen einer Adresse an die hessischen Abgeordneten statt. Dieselbe ist beschlossen worden und abgegangen, und der Präsident derselben, Herr Nebelthau, hat dem Vorsitzenden nicht blos schriftlich gedankt, sondern ihm auch mündlich aufgetragen, Ihnen diesen Dank auszusprechen.

Inzwischen änderten sich unsere politischen Verhältnisse. Der Hagensche Antrag, die Auflösung des Abgeordnetenhauses, die Entfernung Schwerin's, Patow's und Auerswald's, die neuen Minister, der Heydtsche Brief und vor allem die neue Wahl nahmen in Preußen alle Aufmerksamkeit in Anspruch und drängten die Idee des National-Vereins zurück.

Der einzelne Mensch kann für verschiedene Ideen ringen, ein Volk nur für *eine* Idee, und die Geschichte giebt uns kein einziges Beispiel, wo zu gleicher Zeit der Kampf für die Freiheit und die Einheit der Nation gelungen wäre. Erst muß das Eine erreicht werden, um nach dem Anderen streben zu können.

So war es denn natürlich, daß bei der Aufregung der Gemüther das Streben nach der Einheit in Hintergrund trat und sich fast überall entweder eine Gleichgiltigkeit für den Verein zeigte, oder von demselben verlangt wurde, daß er für die politische Frage auftrete. Das letzte schien mir nicht dem Zweck des Vereines entsprechend, und ich habe daher auch die Anträge, die an mich wegen Zusammenberufung der Mitglieder kamen, nicht für zeitgemäß erachtet; ich hielt mich jedoch nicht für berechtigt, über diese Anträge aus eigener Machtvollkommenheit zu entscheiden, vielmehr habe ich sie stets den Herren mitgetheilt, die vor allem das Interesse der Mitglieder wahrgenommen haben, und haben dieselben meine Ansicht getheilt und aus verschiedenen Gründen eine Zusammenberufung der Mitglieder von unserer Seite abgelehnt. Hierbei muß ich bemerken, daß jedem Mitgliede des Nationalvereins das gleiche Recht wie mir zusteht und daß keineswegs mein Auftrag dahin ging, die innern Angelegenheiten zu leiten. Ich kann daher auch als Geschäftsführer bei der Zusammenberufung der Mitglieder nur meiner persönlichen Ueberzeugung folgen; wäre aber ganz gewiß bei jeder Versammlung erschienen, die ein anderes hiesiges Mitglied zusammenberufen hätte.

Die in ganz Preußen hervortretende Gleichgiltigkeit gegen den Verein wurde erst dann beseitigt, als aufs Neue die deutsche Frage in den Vordergrund trat. Bereits Heinrich von Arnim hatte in dem Jahre 1860, kurz vor seinem Tode, den Vorschlag gemacht, daß die liberalen Abgeordneten der verschiedenen deutschen Landesvertretungen zusammenkommen und gemeinschaftlich für freiheitliche Entwickelung und Einigung Deutschlands wirken möchten. Er hatte in dem Baron von Lerchenfeld, dem bekannten baierischen Partikulisten und Preußenfeind, einen Gegner gefunden. Erst nach seinem Tode wurde die einmal angeregte Idee weiter verfolgt und bei einer Versammlung deutscher Männer in Frankfurt einigte man sich zur Zusammenberufung eines Congresses, bei welchem alle gegenwärtigen und gewesenen Mitglieder deutscher Volksvertretungen, welche die Einigung und freiheitliche Entwickelung anstrebten, Zutritt erhalten sollten. Inzwischen war Herr von Schmerling mit dem Antrage gekommen, Delegirte aus den Landesvertretungen zum Bundestage zuzuziehen. Ich brauche nicht erst anzudeuten, wie wenig eine solche Vertretung den Erwartungen des deutschen Volkes entsprechen konnte, da die Adelskammern in gleicher Zahl wie die Abgeordnetenkammern Mitglieder wählen sollten, und da noch so sehr viele deutsche Länder auf das Mangelhafteste vertreten sind. Es wurde daher auch in Weimar bei der am 28. und 29. September 1862 stattgefundenen Versammlung, an welcher gegenwärtige und frühere Abgeordnete aller Länder Deutschlands mit Ausnahme Oesterreichs theilnahmen, beschlossen, daß die projectirte Delegirten-Versammlung zu verwerfen, daß es ein Recht des deutschen Volkes sei, die Einberufung eines Parlaments zu verlangen, welches aus freien Volkswahlen hervorgegangen, und wobei kein deutscher Bruderstamm ausgeschlossen, und welches bei der Frage über die deutsche Exekutivgewalt mitzuwirken und zuzustimmen habe. Zugleich wurde aber auch festgestellt, daß der Eintritt der bisher nicht im deutschen Bunde befindlich gewesenen Länder Oesterreichs unvereinbar mit dem nationalen Bedürfniß des deutschen Volkes sei.

Acht Tage später, den 6. und 7 Oktober, fand die 3. Generalversammlung des deutschen Nationalvereins statt. Die Abgeordneten Berlins waren leider durch ihre Pflicht verhindert, an der Versammlung theilzunehmen; aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands hatten sich aber Theilnehmer eingefunden. Herr von Benningsen leitete auch diesmal die Versammlung. Herr Brater theilte den politischen Bericht mit, welcher sich bereits in Ihren Händen befindet. Herr Streit gab Rechenschaft über die Geschäftsführung. Der Hauptbeschluß war: Dem Rechtsbewußtsein der Nation und ihrem Verlangen nach Macht und Freiheit entspricht nur Eines, „die Ausführung der Reichsverfassung vom 28. März 1849, sammt Grundrechten und Wahlgesetz, wie sie von den legal gewählten Vertretern des Volkes beschlossen sind."

Hinsichtlich der Flottengelder wurde beschlossen, die Ablieferung an das preußische Ministerium einzustellen und den Ausschuß zu beauftragen, weitere Beiträge für die Gründung einer deutschen Flotte entgegenzunehmen und dieselben mit den bereits vorhandenen Fonds einstweilen zinslich und sicher zu belegen. Dem preußischen Volke und seinem Abgeordnetenhause wurde eine Anerkennung ausgesprochen und als Pflicht erklärt, dahin zu wirken, daß in Mecklenburg der verfassungsmäßige Zustand durch Wiederherstellung der Verfassung vom 10. Oktober 1849 wieder zur Geltung gelange.

Die Zahl der Mitglieder hatte im verflossenen Vereinsjahre, wie Herr Streit mittheilte, bedeutend zugenommen und war, insoweit es zur Zeit der Versammlung berechnet werden konnte, bis auf 25,000 gestiegen, aber immer ist diese Zahl noch unbedeutend im Verhältniß zur Bewohnerzahl Deutschlands, und trotzdem ist dieser Nationalverein eine Macht, welche selbst unser Ministerpräsident nicht ableugnen kann, und welche die feudale Partei mit um so größerem Haß verfolgt, als sie selbst erkennen muß, daß ein Verbot die äußere Gestaltung vernichten, aber vielleicht ein noch größeres und festeres Band um die Gleichgesinnten schlingen würde, und als selbst Männer, welche ultrapreußisch sind, erkennen müssen, daß Preußen seine Aufgabe für die Zukunft nur mit Hilfe des Nationalvereins, und getragen durch die Ideen desselben, erreichen kann. Aber so hoch wir auch den Verein stellen, so wollen wir doch bekennen, daß wir von seinem Ziele noch fern sind, und wenn Streit am Schlusse seines diesjährigen Berichtes sagt: Das Vaterland existirt nirgends, wenn es nicht vor allem in unsern Herzen lebt, wenn es nicht unsere Brust so ganz und gar erfüllt, daß noch der letzte Hauch der scheidenden Seele das Vaterland ist! so möchte ich noch hinzufügen, daß wir nicht eher die Kraft haben werden, ein einiges und kräftiges Vaterland zu erringen, als bis in der Seele der deutschen Männer an jedem Tage der erste und letzte Gedanke das deutsche Vaterland ist. (Lebh. Bravo.)

M. H.! Es ist mir eben der Wunsch zu erkennen gegeben worden, daß wir die Rechnungslegung lassen; wir werden Sie Ihnen schriftlich mittheilen. Vorigesmal betrug der freiwillige Beitrag 15 Sgr., erlauben Sie, daß er in diesem Jahre auf 10 Sgr. ermäßigt werde. (Wird genehmigt.)

Und so ersuche ich Sie, verehrter Herr, das Wort zu nehmen.

Herr **Schulze-Delitzsch**: Die Vorgänge, meine Herren, die in Beziehung auf die deutsch-nationale Frage in diesem Jahre an die Oeffentlichkeit getreten sind, und die der verehrte Herr Vorredner vor mir Ihnen bereits in seinem Berichte zusammengestellt hat, forderten mit Nothwendigkeit, daß auch der Nationalverein den Aufstellungen einer Anzahl deutscher Regierungen gegenüber, ferner denen gegenüber, die das preußische Kabinet in seinen Reformvorschlägen für Deutschland vorbrachte und angesichts einer anderen Bewegung, die ihm unmittelbar und feindlich gegenübertrat, der großdeutschen Bewegung mit Oesterreich im Hintergrund, eine feste Stellung einnahm. Die Entwickelung war ohnehin soweit gekommen, daß man sich nicht mehr mit blos allgemeinen politischen Programmen abfinden konnte, daß die Forderungen, die auf der anderen Seite von der Nationalpartei zu stellen waren, ganz bestimmt präcisirt werden mußten. Ich folge dem geehrten Vorredner kurz, indem ich eben das Einzelne, was uns gegenüber von der anderen Seite geschehen ist, kritisire, natürlich von unserem Stand- und Gesichtspunkte aus.

Zuerst treten uns da die Vorschläge der sogenannten „würzburger Regierungen" entgegen. Es sind **Anträge beim Bundestage eingebracht zur Einsetzung einer Delegirten-Versammlung und zur Constituirung eines Bundesgerichts.** M. H.! Sehen wir uns die beiden Dinge an! Daß sie verworfen worden sind, und zwar unter allgemeiner Verurtheilung, weil sie nicht genügen, dem nationalen Drange, hat der Herr Berichterstatter schon gesagt; indessen wird es doch nöthig sein, etwas spezieller auf die Sache einzugehen. Die Delegirten-Versammlungen sind in der That in ihrer Zusammensetzung etwas durchaus Anderes, als wirkliche Volksvertretungen. Die sämmtlichen, jetzt in Deutschland bestehenden einzelnen Staaten sollen aus ihren Kammern nach bestimmtem Verhältniß Abgeordnete nach Frankfurt schicken, und diese zusammen bilden die Delegirten-Versammlung. Aber eben diese einzelnen deutschen Kammern stehen zum Theil auf einem Boden, nehmen Sie die Vertretung von Mecklenburg (Heiterkeit), wo man sie für alles Mögliche, nur nicht für eine Volksvertretung erkennt. (Beifall.)

Weiter, m. H., die Befugnisse, mit denen diese Versammlungen ausgerüstet sein sollen, sind aber wirklich der Art, daß es ein wahrer Hohn ist, welchen man dem deutschen Volke in diesen Anträgen bietet. Sie sollen zunächst berathen — hören und staunen Sie! — eine **Civilprozeß-Ordnung**, und ihre Berathungen sollen der Art sein, daß, was sie in Mehrheitsbeschlüssen aufgestellt, noch gar nicht maßgebend ist für den deutschen Rechtszustand, sondern daß erst wieder ihre Beschlüsse unterbreitet werden den Beschlüssen der einzelnen deutschen Landesvertretungen. Nun, m. H., daß auf diese Art keine deutsche Einigung in den großen politischen Fragen erzielt werden kann, daß solche Anträge im Gegentheil eine Verewigung unserer nationalen Zersplitterungen bilden, wird kaum einer Ausführung vor Ihnen bedürfen. (Beifall.)

Und dann, m. H., dies Alles dem Drange der deutschen Nation nach Einigung in einem Augenblicke gegenüber, wo die europäischen Verhältnisse schwankender und unsicherer als je sind, wo Deutschland gewärtig sein muß, wie vor wenig Jahren, daß jede Minute die Faust des Landesfeindes an die Pforten des Vaterlandes donnert: da, m. H., giebt man uns ein Institut zur möglichen Herbeiführung einer Civilprozeß-Ordnung! Nun wahrlich, wie man damit dem Feinde, der uns etwa überziehen möchte, gegenübertreten will, das möchte schwerlich mit einem vollkommen treffenden Ausdrucke zu bezeichnen sein.

Dieser Vorschlag ist also in jeder Hinsicht unausführbar, er läuft darauf hinaus, die deutsche nationale Bewegung abzulenken von ihrem ursprünglichen Ziele.

Eine politische Einigung zur Machtstellung unseres Vaterlandes nach Außen wollen wir, brauchen wir, und müssen wir haben. Wie man mit einer Civilprozeßordnung zu Stande kommen kann, das geht auch nach der bisherigen Verfassung. Haben wir nicht das deutsche Handelsgesetzbuch, die deutsche allgemeine Wechselordnung vereinbart, selbst unter der jetzigen mangelhaften Bundesverfassung. **Die Dinge** sind zu machen, da brauchen wir keine großen Reformen, wenn wir weiter nichts wollten, und uns begnügten mit blos zweckmäßigen Einrichtungen, wo es sich um unsere ganze politische Existenz handelt.

Mit dem Bundrsgericht ist es noch viel mißlicher. Es soll aus diesen Delegirten-Versammlungen heraus und aus ernannten Commissarien der Regierungen ein Gericht zusammengesetzt werden, das soll bei Streitigkeiten der Bundesstaaten, namentlich auch bei innern Verfassungsstreitigkeiten in den eizelnen deutschen Ländern eine Stimme haben. Nun wenn man das so ohne Weiteres hinnimmt, klingt es ja recht gut, werden Sie sagen. Gewiß, um den Frieden zu erhalten, so manchen etwa vorkommenden Konflikt zu schlichten, wenn man nur so im Wege des Bundesgerichts könnte, so möchte dies ganz gut sein. Aber in dem Bundesgericht, meine Herren, sind nach den Vorschlägen, die seitens der würzburger Regierungen gemacht sind, die Commissarien der Regierungen in der Majorität. Nun nehmen wir einmal die Stellungen der einzelnen deutschen Regierungen, und die ganze Bundesverfassung, und vergleichen Sie dieselben mit dem Bundesgericht, dann werden wir finden, daß der Bund sich durch dieses Bundes**gericht** nur noch mehr als bisher befestigen und sich eine Competenz beilegen will, die er, Gott sei Dank, nach den bisherigen Bundesgesetzen nicht hat, eine Competenz der allerbedenklichsten Art.

Worin, m. H., liegt staatsrechtlich die Ungeheuerlichkeit der jetzigen Bundesverfassung? Machen Sie es sich einmal klar. In der deutschen Bundes-Akte und in der wiener Schlußacte, den Grundgesetzen der bis jetzt zu Recht bestehenden Bundesverfassung, — oder auch **nicht** zu Recht bestehenden Verfassung —! (Große Heiterkeit.) Ja, die Frage ist sehr streitig unter den Staatsrechtslehrern! Kurz, in der Verfassung, die faktisch bei uns gilt, war bei den einzelnen deutschen Staaten, und zwar sämmtlich, eine Verfassung zugesagt. Diese trat bei dem einen Staate früher, bei dem andern später ins Leben. Die Reihe geschlossen hat jetzt Oesterreich, indem auch dieses Land, obgleich es eines der Hauptgaranten der damaligen Versprechungne war, sich lange nicht entschloß, den damaligen Verpflichtungen, die es mit übernommen, nachzukommen, erst in neuerer Zeit ebenfalls in die Reihe der constitutionellen Staaten eintrat.

Und was für eine Behörde schuf man, um zwischen den constitutionellen Staaten über diese und jene Verhängnisse derselben gegen einander und über die Ausführung der Bundespflichten zu wachen? Eine **absolute** Behörde, wo nicht die Volksvertretung der einzelnen Staaten, sondern nur die Regier. der einzelnen Staaten vertreten waren. Das ist staatsrechtlich eine Ungeheuerlichkeit, um es mit dem gelindesten Ausdrucke zu bezeichnen, wenn man einen Bund von constitutionellen Staaten schließen will und den Constitutionalismus Allen garantirt, so kann man nicht einer Centralbehörde, wo nur die Regierungen vertreten sind, diese Controle überlassen, sondern das Volk selbst muß in der Centralbehörde vertreten sein, sonst schafft man eine absolute Spitze für den Bund aller constitutionellen Staaten. (Lebhaftes Bravo.)

Wie diese Dinge in der Praxis sich gemacht haben, ist bekannt. Dieser Bundestag hat, wir wollen es mit Genugthuung hervorheben, durch die preußische Regierung seine Competenz in immer größere Grenzen einschränken lassen müssen. Es steht geschichtlich fest, daß Preußens Regierung 1815 und die folgenden Jahre es anders wollte und den Plan nicht billigte, bis sie, zur Trauer dem Andringen der andern Staaten, namentlich der österreichischen Metternichschen Politik nachgab, und die ungiltigen Zustände mit sanctionirte, die es ursprünglich nicht wollte.

Preußen hat sich gegen jede Ausdehnung dieser Bundescompetenz, namentlich in Kurhessen entschieden gewehrt. Aber trotz seines Wehrens ist es doch stets in der Minorität, trotz seines Wehrens, hat sich dieser Bund stets bewährt als Assecuranz des Absolutismus gegen die constitutionellen Rechte der Volksvertretungen in den einzelnen deutschen Staaten! — Lebhaftes Bravo. — Das war ganz natürlich, das konnte nicht anders kommen, weil, meine Herren, eben nur eine Vertretung der Regierungen allein, ohne Mitwirkung und Betheiligung der Vertreter des Volkes, die den Regierungen an die Seite gesetzt worden wären, die Entscheidung in der Hand hat.

Nun, meine Herren, die sämmtlichen Staaten, die den deutschen Bundesstaat ausmachen, sind **souveräne** Staaten, Sie wissen ja wie eifersüchtig, bis auf Lichtenstein hinunter, sie ihre Scheinsouveränität bewachen. Ein Bund zwischen souveränen Staaten ist ebenfalls nur ein völkerrechtliches Institut; die Staaten behalten ihre Souveränität bei. Ein solcher Bund kann nie das Recht in Anspruch nehmen, sich einzumischen in das Innere der einzelnen deutschen Staaten. Der Bund hat es oft versucht, in unheilvoller Weise, und noch neuerlich in Hessen. Da ist es eben Preußen gewesen, welches es betont, daß der Bund dazu nicht competent sei. Das ist die ganze Stellung, die Preußen bei dieser Frage einnimmt.

Wie unglücklich wäre es nun, wenn dem Bunde die Competenz, die er nach den bisherigen Gesetzen nicht besitzt, nämlich einzuschreiten in die inneren Verfassungsangelegenheiten durch neuere organische Gesetze, mittelst des Bundesgerichts gewährt würde, das, m. H., wäre kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt der allergefährlichsten Art, der unserer Entwickelung des constitutionellen Lebens in allen Staaten, die bösesten und übelsten Früchte tragen würde.

Wir brauchen aber, m. H., nicht sehr ängstlich zu sein, daß dieser Vorschlag bei dem Bundestage durchgeht; er wird **nicht** durchgehen. Nur wenn alle Bundesregierungen einig wären, — und die preußische Regierung hat — wie wir bereits wissen — gegen das Bundesgericht und die Delegirten-Versammlungen protestirt, — könnte etwas daraus werden. Es kann auch nicht einmal davon die Rede sein, daß man diese Anträge als Abschlagszahlungen, in der Hoffnung auf weitere Zugeständnisse gegen die nationalen Wünsche annimmt. Sie sind unbedingt zurückzuweisen. Wenn sie wirklich noch sollten aus dem Bundesstaate herauskommen und in die Berathungen der einzelnen deutschen Kammern gelangen, (was ich bezweifle), so werden sie scheitern an dem Widerspruche von Preußen, Baden, Koburg, Weimar und denjenigen Staaten, die eben auf einem andern Fuße stehen, als die Würzburger.

Nun so haben wir durch den Abgeordnetentag in Weimar die Einigung mit allen gegen vier Stimmen getroffen, daß alle diese Dinge, von den Abgeordneten der liberalen Parteien unbedingt abzuweisen seien, und daß man unter keiner Bedingung sich damit befassen solle, darauf einzugehen. Das, m. H., ist der eine der wichtigsten Vorgänge auf die nationale Frage, dem gegenüber wir Stellung nehmen müssen.

Ich komme auf eine zweite, das ist das Hervortreten einer Partei, hinter der die österreichische Regierung ganz entschieden steht. Es ist das die **Großdeutsche Partei.** Es gab einmal wirklich eine Zeit in Deutschland, wo man mit Recht von Groß- und Klein-Deutschland sprechen konnte, die Zeit der Unionspolitik der preußischen Regierung, des erfurter Parlamentes, der Vorschläge des Herrn v. Radowitz. Da ging das Einigungsproject Preußens dahin, nur einen Theil Deutschlands auf dem Wege der Vereinigung zu einigen unter Preußens Spitze und Führung.

Da konnte man damit einverstanden sein, dieses Project **nicht** ein großdeutsches zu nennen, das hatte Sinn und Berechtigung. Allein die Berechtigung zur Führung eines solchen Parteinamens, namentlich dem Nationalverein und der deutschen National-Partei gegenüber, ist vollkommen verschwunden. In diesem Augenblicke wird weder — wenigstens geschah dies nicht von dem abgetretenen Ministerium, und soviel wir wissen, hat auch das neue preußische Ministerium, über dessen officielle Kundgebungen in der nationalen Sache wir noch nicht unterrichtet sind, diese Politik wieder aufgenommen. Dennoch bestehen diese sogenannten Großdeutschen, vorzüglich zusammengesetzt aus einigen Schwaben und Ultramontanen, stockpartikularistischen Baiern und Oesterreichern, hartnäckig auf Führung dieses Namens und werfen der Nationalpartei fortwährend vor, sie wollte nicht Deutschland einigen, sondern nur ein Stück, was sie haben könnte, unter Preußens Spitze bringen.

Allein, meine Herren, es war Zeit, diesen Dingen einmal auf den Grund zu gehen. Das ist auch in Weimar geschehen; wir haben die Herren, die sich nach jener Richtung neigten, mit Erfolg bekämpft und mitten in der Versammlung die Bestimmung durchgesetzt — und darin steckt eigentlich ihr Programm, womit sie nur nicht offen hervorzutreten wagen, — daß die Aufnahme des österreichischen Gesammtstaates — möge er die neue Form eines wirklichen Gesammtstaates annehmen, oder in der bisherigen Form der Personalunion unter dem Hause Habsburg fortbestehen — einschließlich seiner nichtdeutschen Provinzen, in den zu bildenden deutschen Einheitsstaat oder Bundesstaat niemals zugelassen werden könne, daß eine solche Einigung entschieden abgewiesen werden müsse, daß man wohl der deutschen Provinzen Oesterreichs das Recht, sich einem deutschen Einheitsstaate anzuschließen, nicht verkümmern und absprechen könne und wolle, daß man aber nicht warten könne, bis die Hindernisse, die den Anschluß den Deutschösterreicher an den zu bildenden deutschen Staat bis jetzt nicht stattfinden lassen, gehoben seien; vielmehr müsse man unbedingt an das Einigungswerk schreiten, die Noth dränge, die Gefahren der Zeit seien ernst, das traurige Beispiel von 1859 sei noch in frischem Andenken, man könne nicht warten, weil die Gefährdung der eignen Existenz auf dem Spiele stehe, es müsse ohne Deutsch-Oesterreich vorgegangen werden unter dem Vorbehalt des Zutritts der schönen österreichischen Provinzen, sobald es möglich sei und sobald sie wollen — setze ich hinzu!

Sehen wir uns einmal den Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich in Beziehung auf das deutsche Einigungswerk ein wenig an. Darüber sind wohl alle Einsichtigen klar, daß die künftige Spitze in dem zu bildenden deutschen Bundesstaate und wer dazu zu erkiesen sei, nichts Willkührliches sein könne. Meine Herren, es wäre lächerlich, wenn Jemand in Deutschland mit dem Vorschlage vortreten wolle, man solle eine Concurrenz um die deutsche Kaiserkrone unter dem deutschen Fürsten eröffnen, und Demjenigen, welcher sich am Nationalsten zeigen wolle, von der Nation auf den Schild erheben lassen, möchte es der Chef der kleinsten und schwächsten deutschen Macht sein. So geht die Sache nicht; die Deutschen haben gelernt, Realpolitik zu treiben, und sie wissen, daß es sich hier um eine Machtfrage handelt. Deutschland hat nur die Wahl zwischen Preußen und Oesterreich, und ich denke, die Wahl kann Keinem, der die Dinge nicht ganz oberflächlich betrachtet, schwer werden.

Wie steht es mit beiden Ländern, namentlich mit Oesterreich? Da sehen wir eine Menge schöner, reicher von der Natur gesegneter Länder mit ganz verschiedenen, ja selbst unter sich feindseligen Nationaliten unter dem Hause Habsburg vereint. Was ist das einigende Moment, frage ich Sie, im österreichischen Staatswesen? Die Dynastie des regierenden Hauses! Ein weiteres geistiges oder materielles Band besteht zwischen den einzelnen Landestheilen, welche wir die österreichische Monarchie nennen, nicht. Es ist das Band der sogenannten Personalunion. Hinter Oesterreich und seinem Staatswesen steht kein Volk, namentlich kein deutsches Volk, denn die deutsche Bevölkerung beträgt nur nahe ein Viertel.

Was thut uns nun noth und was verlangen wir und das ganze deutsche Volk mit uns von der künftigen Centralgewalt, die an die Spitze Deutschlands gestellt werden soll? Eine **nationale Politik!** (Bravo.) Denn die hat uns gefehlt, und die will und muß das deutsche Volk seiner Existenz, seiner Geltung gegen das Ausland wegen fordern. Oesterreich und ein österreiches Herrscherhaus kann niemals nationale Politik treiben. Ein Staat

wo das ganze vereinigende Moment die Dynastie ist, hinter dem kein einheitliches Volk steht, der kann nur dynastische Politik treiben. Ewig und ewig wie seit Jahrhunderten wird in Oesterreich und von dem österreichischen Herrscherhause eine speciell österreichische Politik, die dynastische Politik des Hauses Habsburg, getrieben. Und wie Deutschland dabei zurechtgekommen ist, davon weiß die deutsche Geschichte zu sagen! Stets sind die Reichsinteressen den Hausinteressen nachgesetzt worden von der Reihe Kaiser, die das Haus Habsburg namentlich in den letzten Jahrhunderten des Bestehens des deutschen Reiches demselben geliefert hat.

Das ist kein Vorwurf gegen Oesterreich; es kann nicht anders, diese Dinge und diese Richtung seiner Politik sind nothwendig gegeben in den geschichtlichen Verhältnissen, und über die hinaus kann kein Regent in Oesterreich, sei er so groß, so erleuchtet, so bedeutend für seine Person, als er wolle.

Anders, meine Herren, und ich werde hier sehr kurz sein können, anders ist es mit Preußen! Hinter Preußen steht ein Volk, ein einheitliches Volk, verbunden durch Sprache, Kultur, durch Sitte, durch eine große Geschichte. Und dieses Volk ist wesentlich, bis auf einen verschwindenden Theil deutsch, und wo noch slavische Stämme seßhaft sind, da schreitet vermöge der Kulturmacht, die im deutschen Stamme liegt, die Germanisirung ganz von selbst, und ohne daß die Regierung sich hineinmischt, — sie thut vielleicht zu wenig in dieser Hinsicht, — lebhaft und unaufhaltsam vorwärts, und wir werden in wenig Jahren auch in der kleinen Provinz, um die es sich hier nur handeln kann, die bei weitem größere Kopfzahl dem deutschen Stamme beirechnen müssen.

Wir sowohl, meine Herren, in Preußen wie in Oesterreich, sind allerdings in der Gegenwart in einem ernsten Ringen mit der Ausbildung unserer verfassungsmäßigen Zustände, in einer Krisis, wenn Sie wollen. Aber wie verschieden ist es in beiden Ländern! Bei uns, meine Herren, steht in dieser Krisis, sei der Verlauf für den Augenblick, welcher er wolle, der Staat und seine Existenz, Gott sei Dank, nicht auf dem Spiele, aber die Krisis in Oesterreich bedingt allerdings das Fortbestehen der österreichischen Monarchie je nach ihrem Ausgange. Wenn diese auseinanderstrebenden Nationalitäten, die man bis jetzt nur dazu benutzt hatte, daß die eine die Freiheit der andern unterdrückte, vielleicht durch Verwickelung des österreichischen Staates in andere äußere Kämpfe von äußerem materiellen Druck, welcher sie allein nieder- und zusammenhält, erlöst sind: ja dann strebt dieses ganze Staatswesen aus einem künstlichen, blos persönlichen Centrum heraus und auseinander. Eine solche Macht aufzunehmen in den zu bildenden deutschen Nationalstaat, das hieße von Hause aus die Zerrüttung und das Zerwürfniß in diesen hineinnehmen. Es hieße das nationale Prinzip, welches wir für uns in Anspruch nehmen, jenen fremden Nationen gegenüber verleugnen; es hieße die ganze Bewegung in ihrem Grund und Kern fälschen und verleugnen.

Dies ist die Stellung der großdeutschen Partei gegenüber, die auch in Frankfurt, wo sie zusammenkam, nachdem wir in Weimar getagt, weiter nichts vermocht hat, als wieder die ganze Frage zu umgehen, die Delegirten-Versammlungen als Abschlagszahlungen anzunehmen, das Bundesgericht selbst aber doch einigermaßen bedenklich zu finden. (Heiterkeit.) Ganz natürlich, meine Herren! die Herren dieser Partei kommen nie über den Staatenbund hinaus; nur in ihm kann Oesterreich seine Stellung finden, wie bisher. Im Bundesstaat ist es, was ich kurz vorher mittheilte, vollkommen unmöglich, und daher geht immer der Drang dahin, den Reformtrieb im deutschen Volke so von seinem ursprünglichrn Quell und Ziel wegzuleiten, daß daraus nichts weiter wird, als ein noch ausgedehnterer Staatenbund. Aber das Princip ist das alte, was wir als staatsverderblich und gefährlich für die nationale Entwickelung betrachten.

Ich komme nun zu einem dritten Vorgange, der die Reihe dessen, was von anderer Seite in der Frage geschehen ist, schließt. Der Vorgang betrifft die Erklärung, welche die preußische Regierung in den Noten des abgetretenen Ministers, Grafen v. Bernstorff, in diesem Frühjahre abgab.

M. H.! Hier müssen wir Eins mit Genugthuung anerkennen: die Ziele, welche die preußische Regierung der Nationalbewegung hingestellt hat, fallen wesentlich mit den Zielen des Nationalvereins zusammen. Preußen will eine Centralgewalt und ein deutsches Parlament. Wenn vielleicht über die Zusammensetzung des letzteren, ob sie geschehe durch freie Wahlen aus dem Volke, oder durch Ernennung von Seiten der deutschen Kammern in den einzelnen Staaten, manche Punkte nicht aufgeklärt sind, so werden wir sie in Beziehung auf die Regierung als offene Fragen zu behandeln haben

Hiermit möchten wir uns nun gar gerne einverstanden erklären. Allein, wenn die Ziele auch unsere Zustimmung finden, so sind es doch nicht die Mittel, wie man diese Ziele zu erreichen gedenkt. Die preußische Regierung schlug damals — und ich bemerke wiederholt, daß eine andere Kundgebung in neuester Zeit seit dem Ministerwechsel nicht bekannt geworden ist — als das Mittel, welches sie strenge innehalten wolle, die Vereinbarungen mit den Regierungen der anderen deutschen Staaten vor.

Nun, meine Herren! Was wir von dieser Vereinbarung zu hoffen haben, darüber verweise ich Sie nur auf die jetzt im Zollverein ausgebrochene Krisis. Sie haben hier gesehen und unsere Regierung konnte sich ebenfalls davon überzeugen, erstlich wie außerordentlich freundlich gesinnt diese würzburger Regierungen gegen die preußische Regierung sich zeigen. Namentlich ist es ja die Eifersüchtelei gegen die preußische Stellung gerade in der deutschen Frage, die alle diese Dinge führt. Preußen war wenigstens auf dem Boden des materiellen Interesses an die Spitze eines großen Theiles von Deutschland getreten. Man neidet ihm diese Stellung, und jetzt in dem Punkte, wo die materiellen Interessen aller dieser Länder auf das Wesentlichste darauf hindrängen, daß man die Vereinigung mit Preußen im Zoll-Verein aufrecht erhält, treiben jene Regierungen ein frivoles Spiel in kleinlichen Eifersüchteleien, nur um Preußen zu drücken und ihm entgegenzutreten. Sie nehmen wenigstens die Miene an und versuchen, was sie uns abringen können, und wollen den Zollverein sprengen. Und mit diesen Regierungen glaubt die unsrige sich über die deutsche Frage, wo unsere Regierung nothwendig an die Spitze treten muß, im Wege der Vereinbarung verständigen zu können.

Ja, meine Herren! die Vereinbarung davon abhängig zu machen, das heißt sie auf das Nimmermehr verschieben; von einer Vereinbarung mit den Regierungen, von deren gutem Willen werden wir nicht das mindeste Zugeständniß erhalten. Hat doch der Träger einer dieser Regierungen erklärt, ehe er unter Preußen sich stelle im Bundesstaate, lieber würde er mit des Landes Feinden zusammengehen. Und das hängt mit der Geschichte und Souveränetät jener Staaten zusammen.

Ich will nur noch erwähnen, für diejenigen unter Ihnen, die vielleicht in Beziehung auf das deutsche Einigungswerk noch unentschieden sind, daß auch die materiellen Interessen, so gut wie die politischen, unbedingt und gebieterisch auf die Einigung Deutschlands hindrängen. Die wirthschaftlichen, wie die politischen Bedürfnisse des Volkes können nur gedeihen durch einen in einer kräftigen einheitlichen Centralgewalt repräsentirten Nationalwillen, wenn sie entrückt werden den dynastischen Eifersüchteleien und dem frivolen Spiel der Cabinete in den kleinen Staaten. (Lebhaftes Bravo.)

Allen diesen Vorgängen gegenüber mußte der Nationalverein auch seine Schritte thun, wenn er überhaupt seiner Mission entsprechen und den Intentionen der Nationalpartei gerecht werden wollte.

Ich mache Sie auf einen großen Fortschritt innerhalb unseres Vereins aufmerksam; als wir ihn stifteten vor 3 Jahren in Frankfurt, da war trotz der traurigen Veranlassung, die uns recht lebhaft wieder die Machtlosigkeit des uneinigen deutschen Volkes kundgab und uns zum Gespötte Europa's machte, eine Besserung nicht herbeizuführen. Sie erinnern sich, wie man von allen süddeutschen Staaten hört, weil man einen Einbruch fürchtete, rief, die Preußen sollten kommen und die Landesgrenzen decken, und in demselben Moment weigerte man dem Regenten die Bundesfeldherrnschaft, oder man bewilligte sie ihm unter Bedingungen, daß er sie nicht annehmen konnte. Trotz der Veranlassung, m. H., war doch der nationale Gedanke in den Köpfen selbst begabter Menschen so wenig geklärt, daß die aller verschiedensten Ideen nach allen Seiten darüber obwalteten. Ja, das fühlte man wohl, man müßte aus dem Staatenbund in einen wirklichen Bundesstaat mit einheitlicher Spitze, mit militärischer und diplomatischer Leitung nach außen übergehen. Aber das „Wie" fand noch harte Kämpfe.

Da blieb nichts übrig, wir einigten uns nur, nicht auf ein Programm, sondern auf ein Statut. In dem Statut setzten wir, und gewiß richtig, als Aufgabe des Vereins fest, die geistige Arbeit des Vereins zu übernehmen, das deutsche Volk über das Ziel und die Mittel der nationalen Bewegung aufzuklären. Eine solche aufklärende Arbeit war nöthig, damit sich die, die zusammen gehören, fänden, und damit bestimmter die Forderungen des Volkes formuliren könnten.

Schon das erste Jahr, welches uns in Koburg traf, die erste General-Versammlung machte es möglich, mit einem Programme vorzugehen, ohne Spaltungen innerhalb des Vereins befürchten zu dürfen. Das Programm, es ist bekannt, kam zu Stande. Hier wurde der Bundesstaat ganz entschieden hingestellt als das Verhältniß zu den deutsch-österreichischen Provinzen, in der Weise, wie vorhin angedeutet, formulirt, nämlich Preußen die Hegemonie zugestanden, wenn es die nöthigen Schritte zur Verwirklichung dessen thue.

Es wurde die geschichtliche Stellung Preußens gewürdigt und sein deutscher Beruf ungetheilt anerkannt. Denn bei der General-Versammlung im vorigen Jahre in Baden blieb es im Allgemeinen bei dem Programm und wir nahmen nur große praktische Fragen in die Hand, den Eifer und die Begeisterung des deutschen Volkes für die Beschaffung einer deutschen Marine anzufachen, und die Maßregeln, daß die gesammelten Gelder in die Hände des preußischen Kriegsministers gegeben würden, um damit die Stellung des Vereins zu Preußen zu bezeichnen, daß man von ihm die Führung erwarte und fordere.

Sie kennen die Gründe weshalb jene Sammlung ins Stocken gerieth, weshalb nach Ablieferung von 140,000 Gulden oder 80,000 Thalern, als Preis eines Dampfkanonenbootes mit drei Geschützen, keine weitere Ablieferung mehr erfolgt ist.

Endlich galt es bei diesem Zusammentreten der Vereinsmitglieder in der letzten General-Versammlung, wo diese Vorgänge bereits vorlagen, den entscheidenden Schritt zu thun. Mit dem bloßen Programm Bundesstaat, Centralgewalt, Parlament war es nicht mehr gethan. Die politischen Gegner gingen mit ganz speciellen organischen Vorschlägen vor; ihnen mußte der Nationalverein folgen, wenn er nicht eine sehr ungünstige Position ihnen gegenüber erhalten sollte.

Die Wahl, meine Herren, konnte nicht schwer fallen, wir haben ein solches Dokument, geschaffen von den legalen Vertretern des deutschen Volks, von der in Frankfurt tagenden deutschen Reichsversammlung. Es ist die Reichsverfassung vom 28. März 1849 mit dem Wahlgesetz. Dies Dokument entspricht im Wesentlichen allen Forderungen der Nationalpartei. Es hat die einheitliche erbliche Centralgewalt, es hat das Volksparlament im Staaten- und Volkshause zur Seite, es nimmt auf die Bedürfnisse der Nationen auch in handelspolitischer Beziehung Rücksicht und legt in die Hände der Centralgewalt die militärische Spitze und die handelspolitische Führung. Tüchtige Kenner des Staatsrechts haben daran mitgearbeitet und das deutsche Volk wird diese Errungenschaft, wenn auch in schweren Jahren von ihr nicht viel die Rede sein könnte, nie aufgeben und wird immer zu dieser Errungenschaft stehen. (Stürmisches Bravo.)

Der Nationalverein konnte nichts weiter thun, als er mußte sich auch offen dafür bekennen. Die Zeit dazu war gekommen, wir waren soweit in der geistigen Arbeit gediehen, daß die Maßnahme von Jedem verstanden wurde.

Wenn man vielleicht Mängel an dieser Verfassung nach einer oder der anderen Seite hin hervorheben kann, so darf das wohl keinerlei Erwägungsgrund gegen diesen Schritt abgeben. Wenn diese Verfassung erst in's Leben getreten wäre, so würde diese Mängeln recht bald im Wege der Vereinigung und im Volksparlament abgeholfen werden können. Man muß sich über einzelne Kleinigkeiten hinwegsetzen können, um des Ganzen willen, weil es wirklich dem Nationalbedürfniß entspricht, und weil es die Geschichte und die gegebenen Verhältnisse Deutschlands respektirt.

Es ist da von Einheits- und Bundesstaat die Rede; es giebt aber viele Politiker, die meinen, die staatliche Form der Jetztzeit und der Zukunft sei nicht der Bundesstaat, sondern alles dränge zum Einheitsstaat. Ich meine, in diesem Augenblicke ist ein anderer Staat als der Bundesstaat in der Weise wie die Reichsverfassung ihn constituirt, in Dentschland aus dem einfachen Grunde nicht moglich, weil das deutsche Volk keinen anderen will. Die einzelnen Stämme des deutschen Volkes hängen an ihren Special-Regierungen, weil sie in ihnen eine gewisse Garantie für die Bewahrung ihrer Stammes-Eigenthümlichkeiten, für eine gewisse Sonderstebung, die sie wünschen und die sie trotz der Einigung nach außen in ihren inneren Verhältnissen beibehalten wollen. Etwas Anderes herstellen wollen, als die Nation will, wäre das Verkehrteste was man beginnen könnte, und meine Herren, ich rufe diejenigen, die durchaus auf dem Einheitsstaat besteben, zu: der Bundesstaat wird im Laufe der Zeit hoffentlich ganz von selbst in den Einheitsstaat übergehen, ohne daß wir den Empfindungen und Forderungen einzelner Stämme gewaltsam entgegen zu treten brauchen. Wir dürfen doch nicht das Volk verlieren, durch welches allein die Verfassung in's Leben geführt werden kann.

Die Resolution, welche Ihnen vorgeschlagen wird, lautet folgendermaßen:

Resolution.

Die heute zu Breslau versammelteu Mitglieder des deutschen Nationalvereines erklären in vollster Zustimmung zu dem am 6. Octbr. dieses Jahres von der Generalversammlung des deutschen Nationalvereins in Koburg gefaßten Beschlusse:

1) daß dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes und seinem Verlangen nach Macht und Freiheit nur die Ausführung der Reichsverfassung vom 28. März 1849, sammt des Wahlgesetzes, wie sie von den loyal gewählten Vertretern der Nation beschlossen sind, entspricht;
2) daß dagegen die von einigen deutschen Regierungen bei dem Bundestage eingebrachten Anträge auf Einsetzung einer Delegirten-Versammlung und eines Bundes-Gerichts nur dazu dienen, die Nationalbewegung von ihrem Ziele abzuleiten, und die Ohnmacht und Zerrissenheit Deutschlands zu verewigen.

Die Resolution, m. H., geht, wie der zu Coburg gefaßte Beschluß, davon aus, daß das deutsche Volk ein Recht hat, nicht ein unbedingtes, formell staatsrechtliches, auf die Reichsverfassung, sondern ein heiliges Recht auf Einigung und zwar mindestens in der angedeuteten Staatsform.

Zunächst, m. H., ist es das unveräußerliche, das Urrecht jedes Volkes, das Recht auf seine politische Existenz. Davon geht ja alles Staatswesen aus. (Lebhaftes Bravo.) Um die nationale Bewegung insonderheit erstrebt eine Gestaltung des privaten und öffentlichen Lebens, welche dem ureigenen Wesen und Charakter des Volkes entspricht. Dazu gehört aber vor Allem der Form nach die Staatseinheit; ohne Constituirung eines Gesammtwillens und ohne Errichtung einer Gesammtmacht ist die ganze Staatsidee überhaupt nicht denkbar. Eine Zerreißung des nationalen Körpers in Stücke und Fetzen, von denen keiner politisch lebensfähig ist, entspricht der Staatsidee nicht, sondern ist geradezu ihr Gegensatz. (Bravo.) Nun, m. H., keiner der deutschen Duodezstaaten in Deutschland kann neben Oesterreich und Preußen eine selbständige Politik treiben, keiner sich schützen gegen den Anprall des Landesfeindes, sondern jeder von ihnen ist stets genöthigt, sich zu verbinden mit einem der Großstaaten. Wo aber in einem natürlichen einheitlichen Ganzen verschiedene Centralkräfte wirken wollen: da tritt die Desorganisation ein mit ihrem Heer von Uebeln. (Bravo).

Weiter aber haben wir ein noch viel besseres, weil näheres, historisches Recht auf unsere nationale Einigung. Wir sind ein altes Volk mit großer Geschichte, und unser Grundübel ist geschichtlich nicht mehr verborgen. Gehen wir bis auf den Lehnstaat zurück, so nehmen wir in den Hauptstaaten Europa's, Deutschland, Frankreich, England, Spanien u. s. w. eigenthümliche Verschiedenheiten in der geschichtlichen Entwickelung wahr. Während in den außerdeutschen Ländern es den Königen gelang, die widerstrebenden Vasallen, das „kleine Herrenthum", niederzuwerfen, gelang es im Gegentheil den deutschen Vasallen, dem gemeinsamen Landesfürsten gegenüber politische Unabhängigkeit zu erringen. Sie gingen namentlich darauf aus und mit Erfolg, dem Landesherrn die Erblichkeit seiner Würde und damit die Wurzel der echt monarchischen Macht abzuschneiden. Sich selbst machten sie ihre Herrschaften erblich durch Usurpation, aber den deutschen König machten sie zu einem bloßen Wahlkönig und zogen dadurch dieser mächtigen Monarchie den Boden unter den Füßen weg. Sie wissen, m. H., wie die Ohnmacht und die Auflösung in den staatlichen Zuständen Deutschlands auf das Kläglichste sich geltend gemacht haben vom 30jährigen Kriege an und schon früher. Werthvolle Stücke wurden vom deutschen Reichskörper abgerissen. Aber in Folge der französ. Revolution kam durch Napoleon die Sache völlig zum Durchbruch. Schon in den Friedensschlüssen von Campo Formio und Luneville, zur Zeit des Wechsels dieses Jahrhunderts, handelte es sich wesentlich um Abfindungen aus den Reichsländern, welche für die durch franz. Eroberungen vertriebenen Fürsten von jenseits des Rheins und der Alpen gegeben wurden.

Die damit beauftragte Reichs-Deputation in den Jahren 1802—1804 stand vollständig unter dem Einflusse Frankreichs. Das Geschäft wurde wie eine jetzige Separation abgemacht (Heiterkeit); Deutschland war das allgemeine Abfindungsland; sogar italienische Fürsten wurden für die Verluste in ihrer Heimath mit deutschem Grund und Boden entschädigt. Ja Deutschland trug überhaupt sämmtliche Kosten für alle europäischen Kriege. Seit 1805 wurde es noch besser, da traten Baden, Würtemberg und Baiern in ein Bündniß mit Napoleon und fochten in den neuen Kriegen mit, gegen Oesterreich. Aber erst nach dem Abschluß des Rheinbundes mit 16 deutschen Regierungen, in welchem Napoleon die bisherigen Reichsfürsten zu Souveränen machte und sie von Herzögen und Markgrafen zu Königen und anderen Titeln avanciren ließ (lebhafte Heiterkeit), da ließ er in Regensburg dem Reichstage erklären, daß er ein deutsches Reich hinfort nicht mehr anerkenne. Einige Tage darauf theilte der damalige deutsche Kaiser seinen Abdankangsakt in einem besonderen Circular mit, und bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß Oesterreich schon seit 1804 seine deutschen Reichsprovinzen mit den übrigen Erbstaaten zu einem österreichischen Kaiserthum vereinigt hatte. Das war der letzte Akt, den der wirkliche deutsche Kaiser vollzog: er hatte ein paar Jahre verleugnet, seine Länder bereits vom deutschen Reiche getrennt zu haben. (Hört! Hört!) So war das deutsche Volk gewissermaßen für todt erklärt, und doch sehen wir nach wenig Jahren dieses amortisirte Volk sich erheben mit gewaltiger Macht und die fremden Dränger aus dem Lande treiben. (Sensation.)

Preußen hat in dieser ganzen Entwickelnng, eine, wir dürfen wohl sagen, glückliche Stellung eingenommen; es war bei diesen traurigen Entwürfen nicht zugezogen, als ob der Genius des deutschen Volkes es damals gehütet hätte. Der Rheinbund mußte dann in der Katastrophe von Jena für Napoleon gegen Preußen Dienste leisten. Allerdings hatte Preußen vorher sehr schwache Politik getrieben; aber in seiner nachmaligen Erhebung nach der Buße hat es diese Schwäche gesichert. Laut und immer lauter ergeht die Mahnung an Preußen, diese glückliche Stellung in seiner geschichtlichen Sendung für das Wohl Deutschlands kräftig zu erfassen, und sich den einzigen Bundesgenossen im deutschen Volke zu bewahren, statt auf eine Vereinbarung mit den souveränen Fürsten zu hoffen! (Lebh. Bravo.) Ehe aber Preußen seinen deutschen Beruf in die Hand nimmt, muß das Verfassungsleben des eigenen Volkes klar festgestellt und unbedingt gesichert sein, sonst werden ihm immer die Sympathien der übrigen deutschen Volksstämme fehlen, und m. H.! auch die Macht zur äußern Action. Regierung und Volk müssen einig und treu, Hand in Hand mit einander, ihren Weg gehen, wenn er zu einem guten Ziele führen soll.

Nun m. H.! die Aussichten in diesem Augenblicke für die Erreichung dieses Zieles, das Preußen und Deutschland gleich sehr wünschen, sind allerdings getrübt; ich meine aber, die eigeue Größe, ja die eigene Existenz Preußens treibt es wieder und immer wieder auf den rechten Stand. Das ist gerade das Eigenthümliche, wenn Sie Preußen vergleichen mit den übrigen Großmächten. In materieller Macht stehen wir weit zurück. Das verweist uns gerade, wenn wir eine Rolle in dem Rath der europäischen Mächte spielen wollen, auf die desto höhere moralische Energie, auf die desto klarere, geistige Einsicht und auf die warme und dauernde Begeisterung unseres Volkes. Cabinetskriege, wie vielleicht Oesterreich, kann Preußen mit Aussicht auf Erfolg nicht führen, und darin, worin man von Seiten der alten Diplomatie eine Schwäche Preußens sehen möchte, darin sehe ich seine Stärke. Dadurch nämlich ist Preußen hingewiesen auf den nationalen Geist, dessen es nicht entbehren kann, wenn es überhaupt seine geschichtliche Aufgabe vollenden will. Immer, m. H.! ist Preußen schwach gewesen, und waren seine Kämpfe erfolglos, und schweres Mißgeschick hat uns getroffen, wenn es von dem nationalen Wege abwich. Sehen Sie die Schwäche vom baseler Frieden bis zur Schlacht von Jena. Sehen Sie die Schwäche neuerdings in den traurigen Nachrichten von Bronzell bis Olmütz. Aber immer wurde Preußen sofort wieder stark, sobald es sich an die Spitze der nationalen Bewegung stellte, und seine Söhne in auffallender Begeisterung hinführte in jene großen Kämpfe, welche die Welt in Erstaunen setzten.

Ich möchte sagen, Preußen gleicht dem Riesen Antbäus; wie dieser aus der Berührung mit der mütterlichen Erde neue Kraft gewann, so gelang es Preußen, indem es sich ganz hingab dem deutschen Lande, den größten Eroberer und Krieger aus Deutschlands Marken herauszuschlagen. Ja, m. H., hoffen wir auf diese innere Nothwendigkeit, auf diesen inneren zwingenden Drang der geschichtl. Mission Preußens, daß es ihm gelingen wird, bald unsere Regierung auf Wege zu treiben, auf denen wir sie alle gern sehen, au denen wir freudig und begeistert folgen werden. Ueberdies hat sich in Preußen der echte deutsche Geist so scharf und klar entwickelt, wie kaum in höherem Maße in anderen deutschen Ländern, und in Preußen erkennen alle politisch Einsichtigen, daß es für sie nur die eine Wahl giebt, für ihr Vaterland: entweder an der Spitze Deutschlands zu stehen, oder der Vernichtung anheimzufallen. (Lebh. Bravo.)

Im vorigen Jahrhundert, m. H., waren es große, erleuchtete Männer im Reiche des Geistes oder der Politik, selbst Herschernamen, vor Allem Preußens Friedrich, die ihrem Volke um ein Jahrhundert voraus waren. Jetzt ist es anders, m. H. Wenn in Preußen Friedrich der Große jetzt zurückkehrte, er würde sich nicht beklagen wie am Ende seines Lebens, „er sei es müde über Sklaven zu herschen;" er würde ein bewußtes Volk, seine großen Ziele würdigend, finden, an der Spitze eines in Begeisterung sich hingebenden Volkes stehen, und er würde nicht einsam seinen großen Gedanken nachzuhängen haben. (Wiederholter lebhafter Beifall.) In diesem Jahrhundert ist es anders geworden; die Völker sind Dank den Bestrebungen jener großen Männer herangereift, sie sind jetzt den Fürsten voraus; sie werden nicht mehr nachgezogen, sie ziehen jene nach sich! (Diese Worte waren oft von lebhaften Acclamationen begleitet.) Aber nun kommt es darauf an, daß wir Alle, Alle, ein Jeder an seinem Orte, an dieser großen nationalen Arbeit mit Theil nehmen. (Bravo.) Ja, große Opfer und Kämpfe werden kaum vermieden werden können, ehe der deutsche Gedanke sich verwirklicht. Gar zuviel Interessen auswärtiger Mächte knüpfen sich an die Machtlosigkeit Deutschlands, und ihnen kann nur die Macht selbst begegnen. Es wird ein Entscheidungskampf werden von Macht gegen Macht, der am letzten Ende die Sache entscheidet. Mit ruhigem Blick sehe ich in die Zukunft, mit uns ist viel: die Kernhaftigkeit der deutschen Nation, die trotz aller Mißhandlung nicht zerbrochen und demoralisirt ist; mit uns ist das ewige Entwickelungsgesetz der Geschichte, mit uns vor Allem ist die Noth des Vaterlandes. Die Zeit ist vielleicht näher als Viele glauben mögen, da wird man das Volk brauchen m. H., und das Volk wird wie in der großen Erhebnng von 1813 Thron und Vaterland erretten. Das Volk hat aber gelernt seitdem, und es wird bei aller Hingebung für den Kampf zuvor die Garantie seiner nationalen Größe und seines innern Rechtslebens festzustellen wissen. (Lebhaftes Bravo.)

Und dann, m. H., wenn jene großen Kämpfe durchgerungen sind, wir älteren Männer werden vielleicht die schöne Zeit nicht erleben, dann wird kein Zwiespalt sein in unserem Vaterlande, dann werden Regierungen und Volksvertretungen und das Volk die rechte Stelle zu einander gefunden haben, und hoffentlich auch das rechte Vertrauen. Und dann werden nicht Diejenigen, die da meinen, die Völker seien nicht ihrer selbst wegen da, sondern um irgend wie ausgebeutet zu werden für Sonderinteressen, nicht wieder treten zwischen Fürsten und Volk, und jenes klägliche Mißtrauen säen, was der Entwickelung unserer Zustände so bedenklich entgegentritt. Dann wird eine Regierung hier sein, und hoffentlich auch in den Nachbarländern, welche ihre Stärke nicht darin sucht, daß sie dem Geiste des Volkes entgegentreten kann, sondern darin, daß sie getragen von dem Volksgeiste ihre Bahnen wandelt. Möge der Himmel unser schönes Vaterland und unser edles Preußenvolk recht bald dahin führen! An Ihnen, m. H., wie an uns Allen wird es liegen, wie bald und unter wie schweren Kämpfen wir dahin gelangen sollen.

Vorsitzender: Der Eindruck Ihrer gewaltigen Worte ist so groß, so bedeutend, daß ich eigentlich gar nicht die gewöhnlichen formellen Fragen stellen dürfte wegen des Antrages, den Sie gestellt haben. Aber wir wollen uns parlamentarisch bewegen, und so stelle ich die Frage, ob wir über diesen Antrag, den Herr Dr. Elsner uns nochmals freundlichst vorlesen möge, berathen wollen. (Dr. Elsner verliest die Resolution.) Die Herren, welche wollen, daß dieser Antrag zur Berathung kommen soll, bttte ich aufzustehen. (Ein großer Theil der Versammlung erhebt sich.) Die dafür oder dagegen sprechen wollen, bitte ich, sich zu melden. (Es meldet sich Niemand.)

Kaufmann Laßwitz: Ich habe nur eine kleine formelle Bemerkung zu machen; es heißt nämlich in der Resolution: „der National-Verein zu Breslau" und ich beantrage dafür: „die zu Breslau versammelten Mitglieder des National-Vereins." (Die Aenderung wird angenommen.)

Vorsitzender: Nun, m. H., kommen wir zur Abstimmung; diejenigen, die für die Resolution stimmen, bitte ich, sich zu erheben.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Somit haben wir diesen Antrag zu dem unsrigen gemacht, und ich frage die Herren, ob Sie sonst eine Frage oder einen Antrag zu stellen haben?

Kaufmann Laßwitz: Herr Schulze-Delitzsch möge die Güte haben, uns einen Bericht zu geben über did Mittel, mit welchen der National-Verein nach Erreichung seiner Ziele strebe.

Schulze-Delitzsch: Es gilt hier, m. H., wesentlich auf dem Wege einer gesetzlichen Agitation für eine große politische Frage wirksom zu sein; es gilt eine Ideenpropaganda für die Vorbereitung des nationalen Gedankens. Wir verlangen vor Allem, daß Sie auf dem Grunde sittlicher Tüchtigkeit sich offen bekennen durch Ihre Namen zu dieser politischen Bewegung, daß Sie sich einreihen in die Disziplin eines Vereins. Sie sollen sich gewöhnen, auch materielle Mittel aufzubringen zur Erreichung eines idealen politischen Zweckes. Pflegen Sie ohn' Unterlaß den Bürgermuth, den Muth der Gesetzlichkeit. Verscheuchen Sie namentlich das Gespenst der Mißliebigkeit dadurch, daß Sie demselben offen entgegentreten. Thun Sie dies nicht, so machen Sie sich selbst zum Vollstrecker seiner Dekrete. (Lebh. Beifall.) Wie in dem englischen Volke, so muß auch in dem preußischen der Muth der Gesetzlichkeit zur Eigenschaft, zur anderen Natur werden. In all deu zahlreichen Erscheinungen des deutschen Vereinslebens sehen wir ein neues großes Prinzip in unsere nationale Geschichte eintreten, das Prinzip der Volks-Initiative, welches allmählich den alten Polizeistaat überwindet. Die Erfüllung unserer nationalen Bürgerpflichten sind wir nicht nur uns selbst schuldig, nein, eine Generation, die in einem Augenblicke lebt, wo eine Krisis sich entwickelt, die für unsere Geschicke auf lange Zeit maßgebend sein wird, hat eben so große Pflichten gegen die Nachkommen. Meine Herren! Lassen Sie nicht unsere Söhne und Enkel einst unsere Namen verwünschen, wenn sie sagen müßten: als es galt, die Rechte des Volkes zu wahren, hatten unsere Väter nicht einmal den Muth der Gesetzlichkeit. Unsere Zeit will Männer haben und nur mit Männern sind die großen Zeitfragen durchzusetzen. Darum er-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zu Nr. 562 der Breslauer Zeitung. — Montag, den 1. December 1862.

(Fortsetzung.)

manne sich ein Jeder, daß er seinen Pflichten gerecht wird. Zum Schluß kann ich Ihnen nur zurufen: Sie werden ruhen, wie Sie sich betten, und die Zustände werden Sie erleben, die Sie verdienen, und keine anderen! (Begeisterter Zuruf.)

Vorsitzender (zu Schulze-Delitzsch gewendet): Ich erfülle die letzte Pflicht, Ihnen, geehrter Herr, im Namen der Gesellschaft den innigsten Dank auszusprechen. Der Boden, auf den Sie Samen geworfen haben, ist ein guter; es bedurfte eines solchen Mannes, um eine lebendige frische Theilnahme für die Sache des National-Vereins und unseres theuren Vaterlandes zu erregen; ich hoffe zu Gott, der heutige Tag wird nicht vergeblich sein. Und wie wir Ihnen jetzt mit Worten innigst danken, so werden wir Ihnen, hoffe ich, sicher auch mit der That unsere Dankbarkeit beweisen können.

Kaufmann Laßwitz: Im Anschluß an das von Hrn. Schulze-Delitzsch Gesagte, glaube ich, ist es unsere Pflicht, so bald wie möglich die Theorie zur That zu machen, und ich erlaube mir diejenigen, welche Mitglieder des National-Vereins werden wollen, aufzufordern, daß sie hier ihre Namen in die Listen eintragen und die Zusendung der Karten gewärtigen mögen.

Vorsitzender: Ich schließe mit dem Wunsche, daß, wie wir jetzt in unserer Verfassung das Bollwerk unserer Freiheit finden, Deutschland endlich das Bollwerk für seine Einheit, Freiheit und volle Kraftentwickelung in Preußen finden möge!

Um halb 10 Uhr begann im kleineren Saale das Festmahl zu Ehren des verehrten Gastes; es nahmen ungefähr 150 Personen Theil, und leider konnten Viele, die sich noch jetzt zur Theilnahme meldeten, nicht zugelassen werden, da nur für die angegebene Zahl, die sich bis zum Sonnabend eingeschrieben hatte, Vorbereitungen getroffen waren. Nach dem ersten Gange eröffnete die Reihe der Toaste:

Hr. Justiz-Rath Fischer: Meine Herren! Im Jahre 1860 war eine Zusammenkunft in Baden veranstaltet von Napoleon; unser König und Napoleon kamen dort zusammen, und die übrigen Könige und Fürsten Deutschlands fanden sich höchst ängstlich eben auch ein. Nachdem sich Napoleon aus Baden entfernt hatte, traten die übrigen Könige und Fürsten, mit Ausnahme der Souveräne von Koburg und Baden, zusammen, um unseren König zu veranlassen, daß Er den National-Verein verbiete. Sie verlangten dies von Ihm. Aber mit Kraft und männlichem Muthe trat Er dem entgegen. In Erinnerung daran lassen Sie uns die Gläser leeren auf das Wohl Sr. Majestät des Königs! Se. Majestät lebe hoch! (Die Versammlung stimmt begeistert in den dreimaligen Ruf ein.)

Nach einer kleinen Pause ergreift Professor Dr. Roepell das Wort: M. H.! Unser verehrter Gast hat mir soeben gesagt, daß er persönliche Toaste nicht gern sehe. Es ist nicht meine Absicht, einen solchen persönlichen Toast auszubringen; dazu würde gehören der Preis der Verdienste unseres Gastes. Nun, m. H., ich glaube, das wäre überflüssig, nicht blos in unserm Kreise, sondern auch im weitern Kreise (Bravo!), denn die Verdienste kennt man in unserm Vaterlande von einem Ende bis zum andern. (Bravo!) M. H.! Ich will Sie nur auffordern, mit mir zusammen diesen Gast zu begrüßen nach alter deutscher Weise, nicht blos wie vorhin, durch Aufstehen, sondern mit einem Glase Wein. Ich will aussprechen — und glaube, das auch in Ihrem Namen thun zu können — daß wir uns herzlich freuen, Herrn Schulze-Delitzsch endlich einmal nach vielem vergeblichen Ersuchen unter uns zu sehen; und meine, Herren! ich denke, wir sind dieser Freude, ihn zu sehen, nicht unwerth. Breslau ist seit Jahrhunderten eine Metropole deutscher Arbeit und deutscher Kultur, und den Gedanken, den unser populärster Dichter in die schönen Worte faßte:

„Arbeit ist des Bürgers Zierde,
Segen ist der Mühe Preis,
Ehrt den König seine Würde,
Ehret uns der Arbeit Fleiß."

ich sage, diesen schönen fruchtbaren Gedanken, auf dem das Selbstbewußtsein und die schaffende Kraft alles Bürgerthums beruht, diesen Gedanken hat man hier in Breslau seit Jahrhunderten gepflegt, und ich denke, unser Gast, und wir, unsere Stadt gehören eben dadurch zusammen, weil er der Mann ist, der in unserer Zeit mit aller Kraft dahin gewirkt hat, daß in der gegenwärtigen Anschauung, sondern auch in den Nachkommen der Sinn eingeprägt bleibe, daß „Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen —" und in diesem Sinne, m. H., lassen Sie uns den Gast begrüßen. Er lebe hoch! (Dreimaliges donnerndes Hoch!)

Hierauf erwiderte Schulze-Delitzsch: M. H., verstatten Sie mir jetzt ein Paar herzliche Worte des Dankes, mit denen ich die mit ernsten Aufgaben beschäftigte Versammlung im großen Saale nicht behelligen wollte. Ich bin in verschiedene Gauen unsers Vaterlandes gekommen; ich habe mich überall derselben freundlichen Aufnahme zu erfreuen gehabt. Ich bin aber sehr entfernt davon, irgend wie eine Befriedigung persönlicher Eitelkeit darin zu finden, um etwas Anderes darin zu sehen, als das Gefühl für die Idee, für die Gemeinsamkeit unserer patriotischen Gesinnung. Ueberhaupt wir Mitglieder der Landesvertretung befinden uns hinsichtlich der Anerkennung unserer Wirksamkeit in gleicher Lage. Gelingt es uns, den Bedürfnissen des Volkes furchtlose Manneswort zu leihen, und das ist ja unserm ganzen Abgeordnetenhause beschieden gewesen, dann ist man seitens der Wähler nur zu sehr geneigt, viele Dinge, die nicht das Verdienst der gewählten Volksvertreter sind, auf sie zu übertragen; Dinge, die im Grunde in denen liegen, von denen die Vertreter gesendet sind. . . Wir Alle zehren und leben von einem gewissen gemeinsamen Fond von Anschauungen und Ideen, und es wäre vermessen, wenn der, der gerade Gelegenheit und Beruf hat, diesem allgemeinen Fond in besonderer Anwendung Worte zu geben, wenn er sich als den alleinigen Hüter jenes allgemeinen Volksschatzes betrachten wollte. Das, was wir an jener Stätte thun, das kommt uns zu, aus den Tiefen des Volksgeistes selbst heraus, das sind durchaus nicht immer unsere ureigensten Anschauungen, das ist aus dem allgemeinen Schatz, aus dem allgemeinen geistigen Nationalfond, aus dem wir schöpfen, und ein gut Theil der Anerkennung wird auf Sie selbst zurückfließen. Nur in diesem Sinne nehme ich Ihre freundliche Anerkennung an. Die Fragen unserer Zeit sind viel zu groß und zu ernst, als daß sich die persönliche Eitelkeit des Menschen darin breit machen könnte . . . Das Volk, die Massen müssen immer mehr und mehr an die geschichtliche Arbeit herantreten. Das Volk macht Geschichte im 19. Jahrhundert, nicht mehr die Einzelnen, und so lassen Sie mich zum Dank Ihrer guten alten Stadt ein Lebehoch bringen und so Ihnen meinen Dank abstatten. Es lebe Breslau und seine Bürgerschaft, die Vertreterin germanischen Lebens, dem slavischen Osten zugewendet. (Stürmisches Hoch!)

Bald darauf erhob sich der Nestor unserer Hochschule, Herr Professor Dr. Braniß, und sprach folgende Worte zu der lautlos aufhorchenden Versammlung:

M. H.! Ich erlaube mir, das Wort zu nehmen, gerade so auf die Mahnung eingehend, wie unser hochverehrter Gast, dessen siegreiche Beredtsamkeit wir heut ebenso sehr Gelegenheit hatten, zu bewundern und zu preisen, als die Gewichtigkeit der Gedanken und Ideen selbst, die er ausgesprochen hat. Gerade das möchte ich anknüpfen, was er sagte, die Personen zählen nicht, die große Idee ist es, die in uns Allen leben soll, und wir sagen es getrost, nicht blos leben soll, sondern wirklich in uns lebt. Dieser Idee möchte ich jetzt ein Wort geben, ich möchte, wie das Sitte ist, in einem Kreise von gesinnungstüchtigen und gesinnungseinigen Männern ihr nach Kräften Ausdruck verleihen. Aber ich bitte für mich, für meine Person um Nachsicht, ich nehme das Privilegium des Alters für mich in Anspruch. Das Alter ist ein bischen weitläuftig. Das Alter sieht auch gern zurück auf frühere Zeit. So ist es mir auch heut mit allen Eindrücken gegangen, die ich in den letzten Stunden so vielfacher, so schöner, so großartiger Anregungen empfangen habe. Ich dachte meiner Jugendzeit, ich dachte dessen, was mich und was das deutsche Volk vor etwa einem halben Jahrhundert bewegt hat, und es paßt für den gegenwärtigen Moment recht gut. Es geht jetzt das fünfzigste Jahr zu Ende, seit aus einer tiefen, tiefsten Erniedrigung, aus einem Nichtsein Deutschlands und des deutschen Volkes sich plötzlich und herrlich ein glänzendes Dasein hervorgehoben hat. Es ist uns heute gerade von unserem verehrten Gaste das in die Nähe gerückt worden, wo der letzte Schatten einer persönlichen und politischen Existenz der deutschen Nation im J. 1806 erloschen war. Von da an gab es nur noch Deutsche, die durch das Band der Sprache, Verwandtschaft und innerlich durch das nie versiegende Band des Geistes mit einander verbunden waren, aber sonst eine gediegene Wirklichkeit nicht hatten. Gleich nach dem letzten Erlöschen des deutschen Reiches trat, wie ein gerechtes Schicksal die große Calamität des Jahres 1806 ein. Die letzte an alte, glänzende deutsche Zeiten erinnernde Potenz zeigte sich nichtig, verfallen, hineingezogen in das allgemeine unglückliche Geschick des deutschen Volkes. Aber gerade diese ungeheure Calamität diente dazu, es auf einmal und plötzlich zum Bewußtsein der Nation selbst zu bringen, sie sei nicht nichtig, sie sei nicht todt, sie lebe. Aber ihr Leben ist ein stilles, tiefes Geheimniß der innerlich ringenden Natur; eine äußerlich lichte Tagesgegenwart hat dieses Leben nicht.

Da traten Männer hervor — und ich nenne den einen, den wir ja erst als einen ächten deutschen Mann gefeiert haben, ich nenne Fichte. — Sie suchten unter dem Schutt einer zerfallenen deutschen Geschichte die deutsche Nation hervor, im guten Glauben in der tiefen Ueberzeugung, die deutsche Nation ist nicht todt, sie lebt, aber ihr Leben hängt von ihr ab, sie hat sich selbst lebendig zu machen, und sich lebendig zu erweisen. Nun wohl, ich sagte schon, 50 Jahre gehen jetzt zu Ende, seit dem die große mächtige Erhebung in Deutschland stattfand. Es war im J. 1813, als der ächte deutsche Barde, E. M. Arndt, das Lied sang, die Frage sang: „Was ist des Deutschen Vaterland?" und da sucht er herum: „Ist es Pommerland, ist es Steyerland?" — Nein, das ist des deutschen Vaterland nicht. Was war denn eigentlich die Antwort, die das Lied gab? Die Antwort ist: Das deutsche Vaterland ist überall, wo die deutsche Nation ist. Das war damals eine Idee, man suchte die Nation und siehe da, sie war vorhanden, die Antwort auf das Arndt'sche Lied; sie wurde gegeben auf den Schlachtgefilden von Leipzig. Da war die Antwort, da ist die deutsche Nation, da trat sie auf als eine deutsche Nation, nicht märkisch, nicht pommerisch, nicht steyrisch, und sie trat hervor als ein persönlich wollendes, denkendes, handelndes Wesen als eine behelmte Jungfrau mit Schild und Lanze und ihr erstes Wort war: Freiheit; und ihre erste That war: Befreiung vom knechtischen Joch. Das geschah damals. Von der Zeit wissen wir, wo unser Vaterland ist, was Vaterland ist, das ist die selbstständig sich wissende, die selbstständig denkende, die selbständig handelnde deutsche Nation. Das ist geschehen, sie hat ihre erste Aufgabe glänzend vollbracht. Ich brauche es nicht auszuführen, was dann geschah. Ich brauche es nicht auszuführen, was dann geschah. Die deutsche Nation erlitt durch einen wunderbaren, aber gewiß nicht guten Dämon eine Veränderung, sie verschwand, verschwand spurlos, und an ihre Stelle trat der deutsche Bund. Da kehrte die Frage wieder und wie die damalige Jugend das Lied frisch gesungen hatte: Was ist des deutschen Vaterland? und wie die damalige Jugend triumphirend antwortete was es sei, so fing man wieder an, das Lied zu singen: Was ist des Deutschen Vaterland? Denn man hatte keine Antwort darauf und immer mehr und mehr wurde eine neue Strophe zu dem Gedicht — nicht gedichtet, sondern gezürnet: Was ist des Deutschen Vaterland? (Lebhaftes anhaltendes Bravo!) Ist es der deutsche Bund? Nein, nein, und tausendmal nein, das deutsche Vaterland muß anders sein! (Bravo!)

Das singen wir Alten jetzt noch nach 50 Jahren. Nun, unverändert ist darum die Zeit nicht geblieben. Der innere, treibende Geist unsers herrlichen deutschen Volkes hat auch unter den ungünstigsten und schwersten Stürmen der Zeit Triebe angesetzt und neue Bestrebungen, jedenfalls aber neue Ideen, die es erzeugt, entwickelt. Wir haben, — es war auch heute die Rede davon — im J. 1848 eine Zeit erlebt, wo wohl, ähnlich dem Jahre 1806, aus einem mächtigen Gewittersturme die lebendige und selbstständige deutsche Nation wiederum hervortreten sollte. Es ist diesem Gewittersturm ergangen, wie manchem in der Natur: Er hat Kühle, Frost gebracht, aber kein schönes Wetter. Eins aber hat er doch erzeugt, und das ist eben jener Gedanke, den unser verehrter Gast heute vielfach ausgesprochen, den er auch jetzt die lebendige Idee der Zeit nennt in Deutschland. Wir wissen jetzt die Antwort auf die Frage: Was ist des deutschen Vaterland? viel bestimmter zu geben; anzugeben, worauf es ankommt, was das deutsche Vaterland sei. Noch bleiben wir dabei: Das deutsche Vaterland ist da, wo die deutsche Nation ist, wo die deutsche Nation lebt, aber nicht blos lebt im Geiste, in Bestrebungen, sondern lebt als eine selbstständige, frei sich wissende Macht in den großen, weltgeschichtlichen europäischen Verhältnissen, kurz in der deutschen Nation, die eine politische Nation wird. So lange sie diese Nation nicht ist, so lange lebt sie nur in unserm Innern als Aufgabe unserer Bestrebungen. Aber es ist unser Glaube, und das muß er sein und bleiben, daß diese deutsche Nation, die ein Jahrtausend die europäische Weltgeschichte getragen hat, nicht eine Aufgabe habe, die Jeden von uns zum Erröthen bringen muß, indem sie zur Nichtigkeit, zu einem Sammelnamen herabgesetzt ist, so daß man nun bereits 50 Jahre fast von Großmächten, von 5 Großmächten spricht in Europa, und daß das bedeutendste, gewichtigste Volk in Europa, das deutsche Volk, herabgesetzt ist zu einer neutralen Existenz, wie die Schweiz, wie Belgien, schlimmer noch als beide. Daß das nicht mehr geht, nun daran will ich eben jetzt erinnern, und daran will ich Toaste anknüpfen. So sage ich zuerst: Ich sehe hier eine Versammlung vor mir von lauter ächten Preußen. Kein ächter Preuße ist das, der seine freien Institutionen nicht mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften vertheidigt. Zweitens: Der ist kein ächter Preuße, der seine hehre und hochherrliche Mutter, die deutsche Nation, jemals anders, als in der herzinnigsten Liebe in seinem Herzen trüge und nicht bereit wäre, für diese herrliche Mutter Gut und Blut und Leben dranzusetzen. Das ist für mich der ächte Preuße, und so rede ich auch zu einer Versammlung von ächten Preußen und so fordere ich Sie, m. H., auch auf, Ihr Glas zu leeren, einmal auf den Wunsch, der in uns Allen lebt, daß die deutsche Nation eine öffentliche, selbstständige Person werde in dem großen Verein der europäischen Völkerfamilie. Zweitens: Daß dieser Wunsch in uns zur lebendigen Hoffnung werde, daß wir nicht daran zweifeln, es kommt die Zeit, wo die deutsche Nation auch eine ihrer würdige politische Existenz habe, in der sie ihren großen Beruf für ganz Europa erfüllen kann. Aber nicht blos wünschen und hoffen sollen wir. Was eine lebendige Hoffnung ist, das facht an, das Streben und den Trieb, die Hoffnung zur Erfüllung zu bringen. Also ich setze drittens hinzu: Es möge dann in uns jener Wunsch, jene Hoffnung zur lebendigen Thatkraft werden, daß wir handeln für das Hervorrufen jener herrlichen Wirklichkeit, an welche die Hoffnung des ganzen deutschen Volkes sich anknüpft. So fordere ich Sie, m. H., auf, zu trinken, einmal darauf, daß der deutsche Nationalstaat, d. i., wie ich jetzt referiren kann, der deutsche Bundesstaat, mit parlamentarischen Institutionen für die gemeinsame Gesetzgebung des Volkes, und mit einer in den äußern, wie in den innern Verhältnissen gehörig mit Autorität und Macht bekleideten einheitlichen Spitze; daß dieser Bundesstaat, dessen Idee in uns lebt, daß er nun auch in sich selbst lebe, daß er bald zu einem solchen Dasein komme und daß er durch unser thätiges Mitwirken dieses Dasein erreiche. So lebe die deutsche Einheit und der deutsche Bundesstaat hoch! (Dreimaliges begeistertes Hoch!)

Herr Schulze-Delitzsch erwiderte hierauf aus den Herzen Aller: Meine Herren! Diesem würdigen Vertreter deutscher Wissenschaft gebührt auf diese bedeutende Rede eine sofortige Antwort. Ich sehe ein großes Zeichen der Zeit und eine wesentliche Garantie des Gelingens unserer Bestrebungen grade in den Worten dieses Mannes. M. H.! Was unser Volk geziert hat, auch in den Zeiten politischer Erniedrigung, das wissen wir, Wissenschaft und Kunst war es. Wenn die Wissenschaft auf diese Weise sich bemüht, in's Leben zu treten, wenn das Greisenalter solche zündende Worte der Thatkraft spricht, dann haben wir einen Theil der Gründe, die unsere Schwäche hervorrufen, überwunden. Unter die Garantien des Gelingens der einzelnen Bestrebungen gehört wesentlich die, daß das Walten des deutschen Geistes eine Nothwendigkeit geworden ist für die Entwickelung der europäischen Geschicke. Wir leben in einem Zeitalter wunderbarer Entwickelung der materiellen Kraft und Verhältnisse der Menschheit. Damit diese Entwickelung nicht ausarte in bloßen Materialismus (Sehr wahr!), damit sie diene der wahren Humanität, und das ist die höchste Einheit, damit diese Entwickelung gedeihe zum Heile der Menschheit, dazu ist der deutsche Geist, die deutsche Idealität nöthig. Das Gefühl der priesterlichen Weihe für diesen Kampf, der einen Wahlplatz gefunden hat in unseren deutschen Gauen, das wird uns auch heben dazu, der Entwickelung die Krone aufzusetzen. Wir sind eine europäische Nothwendigkeit, darauf lassen Sie uns trinken.

Nach einer Pause nahm Redner nochmals das Wort: Der verehrte Mann an meiner Seite (Braniß) hat in seiner Rede ein klassisches Bild gebraucht von der berühmten Göttin Pallas Athene, die ich Ihnen bezeichnen möchte als die Göttin jugendlicher und besonnener Thatkraft; ich glaube, m. H., kein besseres Bild zu finden, als indem ich sie proklamire als die Idee der nationalen Partei in Deutschland. Die nationale Partei ist nicht aus Kinderschuhen herausgewachsen und gediehen; es ist die Frucht zweier alter geschulter Parteien, der constitutionellen und demokratischen, und das hat sie gemein mit jener Göttin, die nicht als Kind geboren, die in voller Rüstung heraussprang aus dem Haupte ihres göttlichen Vaters. Es bedarf in allen Zeiten einer Parteibildung, die dem augenblicklichen Bedürfniß der Nation angemessen ist. Ich glaube, die nationale Frage, als die dringendste, mußte auch naturgemäß eine nationale Partei in Deutschland hervorrufen, und wir hätten uns ein nationales Armuthszeugniß ausgestellt, wenn wir diese nationale Partei aus den Ideen der Zeit nicht zu gebären vermocht hätten; sie ist entsprungen aus den Ideen der Zeit, gleich gewaffnet und gehelmt; sie hat uns in unserem engeren Vaterlande ganz bestimmt wesentlich mit die letzten Wahlsiege erringen helfen. Also, meine Herren, ich trinke mit Ihnen auf das Wohl der nationalen Partei in Deutschland, die aus dem Bedürfniß der Nation, aus der Noth des Vaterlandes geboren worden ist, und die, so Gott will, jene Noth des Vaterlandes beendigen helfen wird. (Die Versammlung stimmt freudig in das ausgebrachte Hoch ein.)

Hr. J.-R. Simon brachte folgenden Toast aus: Es sei ihm die Aufgabe geworden, das Wohl des National-Vereins auszubringen; für ihn um so ehrenvoller, als er bis heute nicht Mitglied des National-Vereins gewesen sei, und zwar deshalb nicht, weil ihm das Programm einestheils unklar vorgekommen, anderntheils nicht vollständig genügt habe. Alle seine Freunde in der Stadt seien anderer Meinung gewesen, und die Zeit habe gelehrt, daß seine Auffassung nicht richtig war. Wir haben — fuhr der Redner fort — ein gesetzliches Palladium, welches das Jahr 1848 geschaffen hat, es ist die deutsche Reichsverfassung. Der National-Verein, der schon im ersten Keime auf diese Schöpfung hingedeutet, hat aber den Blinden, zu denen auch ich gehört habe, jetzt klar und deutlich gezeigt, daß ihm die gesetzliche Basis, die man habe, diese deutsche Reichsverfassung sei. Wenn auch der Inhalt der Verfassung nicht durchzuführen sein wird, wie sie da ist, so wird sie doch einmal eine Grundlage des Gesetzes, die das deutsche Volk als die seinige weiß. M. H.! Das Ziel des National-Vereins, die Vereinigung der deutschen Nation zu dinem politischen Ganzen, zu einem eigenen Leben in der europäischen Völkerfamilie, dieses Ziel, wenn es erreicht sein wird, ist zugleich der Tod des National-Vereins. Aber er ist dann ein seliger Tod (Heiterkeit). Sobald alle Diejenigen vereinigt sein werden in einem Wirken und in einer That mit demselben Feuer, die dieses Ziel erreichen wollen, dann wird der Tag da sein, wo es eines National-Vereins nicht mehr bedarf. Und so trinke ich darauf, daß der National-Verein seinen schönsten und seinen letzten Tag erreichen möge, den Tag, wo wirklich die deutsche Nation sagen kann: Wir sind hier zusammengekommen, um die Nation darzustellen. Ich trinke auf das Wohl des Nationalvereins und auf seinen seligen Tod in diesem Sinne (Bravo). Gegen den Schluß des Mahls erhob sich noch Herr Dr. Stein: er wolle die Versammlung aus dem Reiche der Ideen auf das Gebiet der Realitäten, von der Einheit Deutschlands auf das preußische Vaterland zurückführen. Bei einer andern festlichen Gelegenheit schon habe er geäußert, daß der jetzige Verfassungsconflict nichts sei als ein Mißverständniß zwischen dem Herrn v. Bismarck und dem preußischen Volke über die Auslegung etlicher Verfassungsartikel. Die Mißverständnisse gehen weiter. Daß unser Abgeordnetenhaus nicht die wahre Volksvertretung sei, sondern vielmehr die vom preußischen Volksvereine geleiteten und bekleideten Loyalitäts-Deputation, daß sei eben ein Mißerständniß. Daß Preußen das Königreich Italien anerkannt, habe Herr v. Bismarck selbst für ein Mißverständniß erklärt.

Daß die Presse in den Händen von Juden und Leuten ohne Carrière sei — ja, eines Theils glücke es nicht Jedem, eine solche Carrière zu machen, wie dem Herrn Ministerpräsidenten, und andern Theils habe sich zu vieler Verwunderung gezeigt, daß die Redaktion der meisten Blätter in den Händen guter, wenn auch nicht frömmelnder Christen sei, — also auch hier ein Mißverständniß. Daß die Einheit Deutschlands nur durch eine Politik von Blut und Eisen herbeigeführt werden könne, glaube der Redner auch; ob aber das jetzige Ministerium zu einer derartigen Politik bereit sei, werde sich wohl auch als Mißverständniß erweisen. Wozu auch, da ein preußischer Feldjäger genügt habe, den budgetlosen Zustand in Kurhessen in einen verfassungsmäßigen Zustand zu verwandeln. — Kein Mißverständniß aber sei die hohe Achtung, welche die Consequenz und die Entschiedenheit des Abgeordneten-Hauses dem preußischen Namen in ganz Europa verschafft habe; kein Mißverständniß sei der bürgerliche Muth, den das preußische Volk bei den letzten Wahlen bewiesen habe und immer beweisen werde, selbst wenn das Abgeordneten-Haus noch zehnmal aufgelöst werden sollte; kein Mißverständniß sei das tiefe Verständniß der Nation für verfassungsmäßige Entwickelung. Daher, wo immer preußische Männer versammelt seien, dürfe nie der Toast fehlen auf die Verfassug und auf das preußische Abgeordneten-Haus. Der Redner wurde oft durch lauten Beifall unterbrochen. Noch erwähnen wir, daß für den Nationalfonds ungefähr 100 Thlr. eingezahlt wurden.

Der vorstehende Bericht der Breslauer Zeitung, nach einer stenographischen Aufzeichnung über die Versammlung der Mitglieder des Nationalvereins in Liebich's Lokal am 30. Nov., ist in einem Separat-Abdruck erschienen, und in der unterzeichneten Expedition, Herrenstraße 20, pro Exempl. 1 Sgr. zu haben. Die Expedition der Breslauer Zeitung.

= **Breslau**, 1. Dezbr. [Eisenbahn-Verspätung.] Der gestrige Tagespersonenzug der Niederschlesisch-Märkischen Bahn, welcher reglementsmäßig um 7 Uhr Abends eintreffen soll, kam erst gegen 8 Uhr an. In letzterer Zeit sind bei diesem Zuge dergleichen Verspätungen wiederholt vorgekommen, wenn sie auch mitunter nur kürzere Zeit umfaßten.

Breslau, 1. Dezember. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Neuegasse Nr. 15 ein großer Pissoir-Kübel von Zink; einem hiesigen Schnittwaarenhändler, von seiner in der Markthalle Nr. 3 befindlichen Verkaufsstelle, ein Dutzend blau, roth, schwarz und grün karrirte wollene Shawls; Berlinerstraße zur Hoffnung sechs Stück Frauenhemden mit gestickten Hals- und Aermelkrausen, gezeichnet A. W. Nr. 29, 30, 34, 35, 37 und 39; Albrechtsstraße Nr. 33 eine zinnerne Eisbüchse ohne Deckel.

Gefunden wurde: ein Theil von einem Wagen (sogen. Hinterkloben).

[Mortalität.] Im Laufe der verflossenen Woche sind excl. 6 todtgeborner Kinder, 60 männliche und 59 weibliche, zusammen 113 Personen als hierorts gestorben polizeilich gemeldet worden. — Hiervon starben: Im Allgemeinen Krankenhospital 14, im Hospital der barmherzigen Brüder 2, im Hospital der Elisabetinerinnen 1, im Hospital der Diakonissinnen (Bethanien) 1 und in der Gefangenen-Krankenanstalt — Person.

Angekommen: königl. Landrath und Ritterguts-Besitzer Se. Durchlaucht Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen aus Lublinitz. (Pol.-Bl.)

△ **Liegnitz**, 30. Novbr. Gestern ist Herr Assessor Schmidt von hier mit großer Majorität zum Kämmerer gewählt worden.

[Schlesische Gesellschaft. Naturwissenschaftliche Section.] In der Sitzung am 5. November theilte Hr. Prof. Grube weitere Beobachtungen über die Phyllopoden mit zweiklappiger Schale mit. Anknüpfend an den Vortrag vom 19. Febr. d. J. machte er zuerst darauf aufmerksam, daß die in diesem beschriebene auffallende Estheria aus Cordofan keine andere, als Baird's E. donaciformis sei, und setzte dann den genaueren Bau der Schale der Estherien auseinander. Die Schale ist der auswendige erhärte Ueberzug des zweilappigen Rückengebildes, welches man durchaus dem Mantel der Muscheln vergleichen kann, während der nach innen gelegene, das Hohl der Schale auskleidende Ueberzug, der mit dem äußeren ein Ganzes bildet und in die Haut des Leibes übergeht, wie diese eine zarte Membran darstellt. Die Schale besteht aus lauter über einander gelagerten Blättern, indem sich jedes neu gebildete unter das nächst vorher entstandene anlegt und dasselbe an allen Rändern überragt. Da nun die auskleidende Membran allezeit einfach erscheint, muß man schließen, daß bei den Häutungen, die die zunehmende Größe des Körpers, wie bei allen Gliederfüßlern, nothwendig macht, nur die auskleidende Membran mit der übrigen Haut abgeworfen wird, das äußere Blatt aber bleibt und die Schale verdicken hilft. Es muß hier also dasselbe eintreten, was man bei Pelonia, Damaeus und anderen Acariden beobachtet; eine vollständige Häutung, aber nur ein partielles Abwerfen der alten Haut. Da ferner die Schale der E. donaciformis aus 37 bis 40 Blättern besteht, so muß dieses Thier eben so viele Häutungen durchmachen, was auf den ersten Blick befremdend erscheinen mag, aber mit Joly's Erfahrung übereinstimmt, der bei E. cycladoides, einem eben so kurzlebigen Thier, in 15 Tagen nicht weniger als 6 Häutungen beobachtet hat. Am Rande der Blätter steht eine Reihe zarter Haare — lineare mit Haut überzogene Verlängerungen des Mantelrandes —, die jedoch in der Regel abbrechen, und nur am Rande des jüngst gebildeten Blattes zu sehen sind. Nachdem sodann der mikroskopische Bau des Mantelbindegewebes und der Schale, und die verschiedene Sculptur derselben bei verschiedenen Arten durch Präparate und Zeichnungen veranschaulicht war, ging der Vortragende zu den Lebensverhältnissen und der Verbreitung der Phyllopoden über und zeigte, wie weit sich diese bei einzelnen Arten erstrecke. So kommt z. B. unser Apus cancriformis von England, Dänemark und der Nordgrenze des russischen Litthauen bis Algier und Tunis vor. Zum Schluß wurden Exemplare von Branchipua (Artemia) Köppenianus Fisch. und ein neuer Apus, (A. numidicus Gr.) vorgelegt; jene waren von Hrn. Staatsrath v. Baer in dem ganz concentrirten Salzwasser des faulen Meeres, diese von Hnr. Dr. Strauch aus Petersburg in einer Süßwasserlache Algeriens bei Bonsada gefunden worden. A. numidicus gehört, wie unser A. cancriformis zu den Arten dieser Gattung, welche kein Blättchen zwischen den Schwanzborsten tragen, unterscheidet sich aber von demselben auf den ersten Blick durch die Kürze des Rückenschildes, welcher in der Mittellinie gemessen, höchstens nur eben so lang als der unbedeckte Theil des Körpers, öfters jedoch noch kürzer (8 mill : 11,5 mill.), auch platter und fast kreisförmig mit breiterem gleichmäßig gerundeten hintern Ausschnitt ist. Keines der vorliegenden Exemplare trägt Eier, sie sind vielleicht noch gar nicht einmal ausgewachsen und müssen daher auch nur mit jungen, eben so langen von A. cancriformis

verglichen werden, aber auch bei diesen ist der Schild im Verhältniß viel länger (11 mill. : 5 mill.). Die Schwanzborsten von A. numidicus sind eben so lang, oder kaum länger als der nackte Theil des Leibes, der aus 30 Segmenten besteht, während sie bei A. cancriformis 2mal so lang als dieser Theil sind und derselbe nur 16 Segmente hat. Der Randausschnitt des Schildes trägt 54 ganz winzige, bei A. cancriformis 25 merklich längere Zähnchen. Fußpaare finde ich bei A. numidicus 49—53, fußlose Segmente 11—14 (bei A. cancriformis nur 7), Segmente im Ganzen 41. Die amerikanischen Apus-Arten, die wir kennen, zeigen denselben Charakter des kurzen Rückenschildes, aber längere Schwanzborsten oder einen Schild, der breiter als lang ist, zum Theil auch weniger Fußpaare.

Grube. Roemer.

Die 2. Sonntagsvorlesung hielt am 23. Nov. der Privat-Docent Dr. Oginski über den Charakterzug des deutschen Volkes, den es durch Gemüth bezeichnet. Die Aufgabe des Philosophen ist die Sprache, in der er, und den Geist des Volkes, der in ihm philosophirt, zu erkennen. Jedes Volk der Bildung hat ein unübersetzbares Wort und Wesen in seiner Sprache und Seele: der Grieche die Idee, der Römer die Humanität, der Franzose das Genie, der Engländer den Humor, der Deutsche das Gemüth. Der wissenschaftliche Begriff von Gemüth ist die allen Menschen gemeinsame Theilnahme für oder gegen einen Gegenstand, deren Grad und Werth nach der Zahl und Art der Eindrücke sich richtet, die man von dem Gegenstande erfahren hat oder noch erwartet. Der gewöhnliche Sprachgebrauch beschränkt sich auf die eine Art des allgemeinen, auf das sympathetische, wohlwollende und wohlthuende Gemüth, die Liebe zum Leben des Andern, die Lust und Kunst zu wissen, wie ihm zu Muthe ist, um ihm leben zu helfen, das Gegentheil von Neid, Schadenfreude und Bosheit. Dann bedeutet es überhaupt die Einheit des männlichen Geistes und der weiblichen Seele, des Kopfes und des Herzens, die Vermittelung sittlicher Gegensätze. Dieses Gemüth offenbart sich in Göthe („gegen große Vorzüge giebt es kein Rettungsmittel als die Liebe"), und in dem deutschen Theologen des 17. Jahrhunderts, dem wahren Urheber des gemüthvollen Spruches: in den nothwendigen Glaubenssätzen walte Einheit, in den zweifelhaften Freiheit, in allen Liebe. Eine solche Vermittelung sittlicher Gegensätze ist auch das eigenthümlich deutsche Gemüth, aber eine tiefere, innerlichere. Es ist eine Grundstimmung, ein Grundverhältniß der deutschen Volksseele, die vorherbestimmte Harmonie der beiden Triebe der Selbsterhaltung und der Hingebung, der Selbstbestimmung und der Gottesbestimmtheit, der Freiheit und der Liebe. Es ist der dunkle Grund, aus welchem die Gedankentiefe der deutschen Mystik und Philosophie, die weder den Menschen in Gott, noch Gott in den Menschen auf- und untergehen läßt, die Empfindungstiefe der deutschen Poesie, Musik und Liebe — die Mystik des Herzens — hervorgeht; es ist der dunkle Grund, aus dem die Wärme des Gefühls, das Licht des Verstandes, das Feuer des Willens als Dreieinheit zu Tage dringt. (Das indische Stammwort unseres deutschen Gemüths bedeutet die heftige Bewegung zweier Körper, welche Feuer erzeugt.) Die Uebersetzung Luthers: „du sollst Gott lieben von deinem ganzen Gemüthe" (Matth. 22, 37), ist weniger dem griechischen Grundtexte, als diesem deutschen Grundzuge gemäß. Dieser macht den Deutschen zu dem Volke des Glaubens und der Glaubensfreiheit, der Reformation und der Wissenschaft des Christenthums.

Das deutsche Gemüth, das liebevolle, ernste Sichversenken in das „Gemüth Gottes" (Jakob Böhme), in das „Gemüth der Natur" (Schelling), in das Selbst des Selbst (Fichte), um kräftiger und reicher daraus zu erstehen. Es ist der unüberwindliche Zug in das Herz der Dinge, in das Innere der Natur, in die Tiefen der Seele, der Sinn, dem nichts unergründlich ist, der Trieb, dem Grunde auf den Grund zu gehen. Die Klarheit der Franzosen nennt dies deutsche Dunkelheit, was erst die volle Klarheit ist. Es macht den Deutschen zu dem Bergmann unter den Völkern, zu dem der Erdoberfläche, und des Erdgeistgrundes. Aber es macht auch, daß der Deutsche weniger scheint, als er ist, weniger von sich giebt, als er hat, es macht sein Insichbleiben, seine Verschlossenheit, seinen Mangel an griechischer Darstellungskraft, den Schiller in dem Distichon „Inneres und Aeußeres" tadelt. Der Unterschied zwischen dem griechischen „Charakter" und dem deutschen „Gemüth" ist der zwischen dem Bilde Conti's in Lessings Emilia Galotti außer und in dem Künstler. Der Charakter des Menschen ist seine Geschichte; das Gemüth des Menschen ist sein Schicksal.

Wie die römische Humanität das Temperament ist des römischen Imperiums, so ist der Einheitstrieb im deutschen Gemüth das Complement der „germanischen Individualität". Es ist die intensive Einheit Deutschlands bei seiner extensiven Vereinzelung. Wo war Deutschland 1807—1813? In dem deutschen Gemüth. Und die Einigung Deutschlands ist das extensive deutsche Gemüth. Denn Gemüth ist überhaupt der Sinn für die Einheit und Ungetheiltheit (Hamann), das harmonische Ineinandergreifen des menschlichen Wesens (Schiller), die Vereinigung aller Gegensätze der Innen- und der Außenwelt in dem mit sich, mit der Natur und Gott einigen Menschen.

Die griechische Idee, die römische Humanität, das französische Genie, der englischen Humor, diese vier faßt nun das deutsche Gemüth in eins zusammen und ergänzt sie durch Bildung.

Die griechische Idee ist die Idee des Guten. Das französische Genie, die Reaction gegen akademischen Regelzwang, wurde in der Zeit der Sprachreinigung durch Gemüthsfähigkeit wiedergegeben; denn das Gemüth ist nach Novalis (1798) „die Poesie der erhabenen Vernunft". Mit dem Genie hat das Gemüth das innige Verhältniß zur Freiheit, Schönheit (als Anmuth) und zur Phantasie gemein. Der englische Humor ist die liebevolle Einsicht und Nachsicht, mit der Gesunde und Erwachsene Kranken und Kindern sich gleichstellen, in ihre Launen, Eigenheiten eingehen — die Verstellung der Liebe und Güte, die Ironie des Sokrates.

Gemüth und Bildung verhalten sich wie Natur und Kunst. Beide wurden seit 1780 zugleich Lieblingsworte des über die französische Verstandesaufklärung hinaus zu sich selbst kommenden Deutschlands. Den höchsten Begriff von Bildung hat gleichfalls Novalis: „Jeder gute Mensch wird immer mehr und mehr Gott. Gott werden, Mensch sein, sich bilden, sind Ausdrücke, die einerlei bedeuten."

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 29. Nov. 10 U. Ab.	333,89	+0,4	SO. 1.	Trübe.
30. Nov. 6 U. Morg.	334,20	—0,4	SO. 1.	Trübe.
2 Uhr Nachm.	334,78	+2,1	O. 2.	Heiter.
10 Uhr Abds.	335,76	—1,2	O. 1.	Heiter.
1. Decbr. 6 U. Morg.	335,59	+4,7	O. 1.	Heiter.

Breslau, 1. Dez. [Wasserstand.] O.-P. 13 F. 1 Z. U.-P. — F. 9 Z. Eisstand.

Breslau, 1. Novbr. [Personalien.] Kaplan Emanuel Theinert in Deutsch-Piekar als solcher nach Beuthen OS. Weltpriester Amand Zwiener in Heidau als Kaplan nach Klein-Oels, Archipr. Wansen. Pfarrer Alex. Hillebrand in Radziunz als Pfarr-Adm. nach Gr.-Bargen, Archipr. Trachenberg. Kaplan Joh. Fröhlich in Alt-Repten als solcher nach Deutsch-Piekar. Weltpriester Eduard Linke in Buchelsdorf als Kaplan nach Schwarzwasser in Oesterr.-Schlesien. Der Herr Fürstbischof hat den Stadtpfarrer Herrn Dorn zu Sprottau zum Schulen-Inspector des sprottauer Kreises ernannt. — Adjv. Karl Waloschek in Baranowitz als solcher nach Grzendzin, Kreis Kosel. Adjv. Aug. Gorazdza in Grzendzin als solcher nach Baranowitz, Kr. Rybnik. Adjv. Karl Salzbrunn in Bogutschütz als Schullehrer nach Chronstau, Kr. Oppeln. Adjv. Joh. Mika in Marklowitz als Lokal-Adjv. nach Przegendza, Kr. Rybnik. Schulamts-Cand. Hypolit Semik in Loslau als Adjv. nach Marklowitz, Kr. Rybnik. Schulamts-Cand. Joh. Gnilka in Ostrog als Adjv. nach Proskau, Kr. Oppeln. Lehrer Joh. Gawol in Kl.-Borek als Schullehrer, Organist und Küster in Nieder-Sodow, Kr. Lublinitz. Der seith. provis. Lehrer Eduard Stoller in Stralsund als Lehrer in Schönberg, Kr. Lauban. Adjv. Paul Grabowski in Marklowitz als Schullehrer, Organist und Küster in Lazisk, Kr. Rybnik. Adjv. Franz Wurm in Schönberg als Substitut in Hoppenwalde. Adjv. Joh. Drzyzga in Wachow als solcher nach Rosenberg.

Breslau, 12. Nov. [Personal-Chronik.] Bestätigt: Die Vocation für den Lehrer Kohlheim zum sechsten Lehrer an der evangel. Stadtschule in Gottesberg; für den Hilfslehrer Maskos zum evangel. Schullehrer in Prosgawe-Grottky und Striese, Kreis Wohlau. — Zuerkannt: den Candidaten Döring und Schulze, Block und Dr. Maser, Eduard Weise die Qualification zur Uebernahme einer Rectorstelle.

Angestellt: Die Post-Expedienten-Anwärter Kinscher in Freiburg, Gottschling, Kalesse in Breslau, Feldmann in P.-Wartenberg als Post-Expedienten. Der Post-Expeditions-Gehilfe Fabian in Polgsen, der Apotheker Bachmann in Bohrau und der Kaufmann Rauschel in Leutmannsdorf als Post-Expediteure. Die Militär-Invaliden Riedel in Breslau und Scholz in Strehlen als Postunterbeamte. — Versetzt: Der Post-Expediteur Otto von Canth nach Altwasser. Der Post-Expedient Rieß von Breslau nach Münsterberg. Der Wagenmeister Schulz von Waldenburg als Briefträger nach Schweidnitz. Der Büreaudiener Argo in Langenbielau als Packetbesteller nach Waldenburg. — Freiwillig ausgeschieden: Der Post-Expediteur Wendisch in Bohrau. Der Wagenmeister Jedlitzka in Strehlen.

Breslau, 22. Nov. [Personalien.] Der Herr Fürstbischof hat den bisherigen Erzpriester Spöttel, Pfarrer zu Deutsch-Rasselwitz zum Priesterhaus-Inspector auf dem Kapellenberge bei Neustadt O/S. ernannt. Kaplan Alex. Janik zu Zembowitz als solcher nach Lendzin. Kaplan Ant. Hein in Grottkau als Pfarr-Adm. daselbst. Weltpriester Norbert Bontzek in Miechowitz als Kaplan nach Deutsch-Piekar. — Weltpriester Bruno Hulwa in Oppeln als Kaplan nach Zembowitz.

Adjv. Karl Rathmann in Wittichenau als solcher nach Stanowitz, Kr. Striegau. Adjv. Heinrich Wels in Wittichenau als solcher nach Ingramsdorf-Pitschen, Kr. Striegau. Adjv. Karl Krause in Gr.-Rosmierz als Lehrer an der kathol. Privatschule in Pielahütte, Kr. Gleiwitz. Schulamts-Cand. Fr. Lerch zu Friedersdorf als Adjv. nach Richtersdorf, Kr. Gleiwitz. Schulamts-Cand. Albert Lampart in Tschammer-Ellgut als Adj. nach Gr.-Rosmierz, Kr. Gleiwitz. Adjv. Fr. Kuczera in Woszczytz als solcher nach Kattowitz, Kr. Beuthen. Schulamts-Cand. Joh. Gröhlich in Przeborowitz als Adjv. nach Woszczytz, Kr. Pleß. Adjv. Paul Drathschmidt in Colonowska als solcher nach Kadlub, Kr. Gr.-Strehlitz. Adjv. Alex. Cedzich in Kadlub als solcher nach Colonowska, Kr. Gr.-Strehlitz. Schullehrer Heinrich Krause in Volkmannsdorf als solcher nach Riemertsheide, Kr. Neisse. Schulamts-Candidat Hippolyt Semik aus Loslau als Adjv. nach Pawlowitz, Kr. Pleß.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 29. Nov., Nachm. 3 Uhr. Die Rente, welche zu 70, 35 eröffnete, fiel nach starken Angeboten auf 70, 05 und schloß in ser matter Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92½ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 70, 10. 4½prz. Rente 97, —. Italienische 5proz. Rente 71, 20. 3proz. Spanier 50⅜. 1prz. Spanier 46¼. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 492. Credit-mobilier-Aktien 1075. Lomb. Eisenbahn-Aktien 586. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 29. Nov., Nachm 3 Uhr. Silber 61⅞. — Trübes Wetter. Consols 92⅜. 1proz. Spanier 46½. Mexikaner 33. Sardinier 83½. 5proz. Russen 95½. Neue Russen 93. Der Dampfer „Athen" ist gestern vom Cap der guten Hoffnung eingetroffen.

Wien, 29. Nov., Mitt. 12 U. 30 M. Bei Abgang der Depesche fest. 5prz. Metall. 71, 35. 4½proz. Metall. 61, 75. Bank-Aktien 800. Nordbahn 189, 30. 1854er Loose 91, 80. National-Anleihe 82, 70. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 237, 50 Creditaktien 222, 90. London 121, 75. Hamburg 91, 50. Paris 48, 30. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 172, 50. Lombardische Eisenbahn 288, 50 Neue Loose 132, 90. 1860er Loose 88, 70

Frankfurt a. M., 29. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Börse fest; Günstige Stimmung für österreichische Fonds und Aktien. — Böhmische Westbahn 73. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 142. Wiener Wechsel 95¾. Darmstädter Bank-Aktien 230. Darmstädter Zettelbank 253½. 5proz. Metall. 56¼ 4½proz. Met. 50. 1854er Loose 73½. Oesterr. National-Anleihe 66⅝. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 228 Oesterr. Bank-Antheile 762. Oesterr. Credit-Aktien 212½. Neueste österr. Anleihe 73. Oesterr. Elisabet-Bahn 122¼. Rhein-Nahe-Bahn 28½. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129½.

Hamburg, 29. Nov., Nachmitt. 2 Uhr 30 Minuten Börse fest. — Schluß-Course: National-Anleihe 66½. Oesterr. Credit-Aktien 89¾. Vereinsbank 102¾. Norddeutsche Bank 103¾ Rheinische 96¼. Nordbahn 62½. Disconto höher 3¾. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 29 Nov [Getreidemarkt.] Weizen loco fest. Frühjahrslieferung höher bezahlt; ab auswärts fest Roggen loco ruhig, ab Ostsee pr. Frühjahr 75 angetragen. Oel pr. Nov. 30¼, pr. Mai 29½. Kaffee ruhig.

Liverpool, 29. Novbr. [Baumwolle.] 4000 Ballen Umsatz. — Preise fester.

Berlin, 29. Novbr. Die Regulirung nahm zwar heute die Börse überwiegend in Anspruch, dennoch fehlte es an selbstständigen Umsätzen nicht. Namentlich erhielt sich die Frage für gute Eisenbahnactien, besonders in Kosel-Oderb. und Nordbahn beutete die Spekulation die in letzter Zeit gewonnenen Impulse auch heute aus. Geld war für die Prolongationen weniger knapp, als es gestern noch den Anschein hatte, gleichwohl wurde in Reportgeschäften durchschnittlich ein zwischen 5 und 6 pCt. schwankender Zinssatz gemacht; unter 5 pCt. wird nur in ganz vereinzelten Ausnahmefällen reportirt worden sein. Credit wurde franco hereingenommen, für Lombarden ¼ Thlr. gezahlt, für oberschlesische ⅝ pCt. Für Franzosen stellte sich ein Deport von ¼ Thlr. heraus. Köln-Mindener fehlten eher und betrug hier der Report kaum ½ pCt So viel sich erkennen ließ, ging das Liquidationsgeschäft ohne Schwierigkeit zu Ende. Die Haltung der Börse war im Allgemeinen günstig, schwere Eisenbahnactien namentlich recht fest. Für Disconten ist Geld flüssig, mehr als 3¼ ist für feine Sachen kaum zu machen. (B.- u. H.-Z.)

Berlin, 29. Nov. [Wochen-Bericht über Eisen, Kohlen und Metalle von J. Mamroth.] Auch die mit heute schließende Woche hat nennenswerthe Umsätze nicht aufzuweisen. Käufer waren zurückhaltend, und die Stimmung im Allgemeinen matt, der nahe Jahresschluß fängt schon an, sich fühlbar zu machen. Da die Witterung wieder umgeschlagen, so ist Aussicht vorhanden, daß die auf hier abgeladenen Partien Roheisen noch herankommen, was den Artikel etwas ruhiger werden ließ. Auch in Glasgow erfuhren Preise nach den letzten Berichten einen kleinen Rückgang. Notirungen: Schottisches loco 1⅔ Thlr., englisches 1½ Thlr., schlesisches Coaks-1⅔ Thlr. gefordert, Holzkohlen- 1⅚ Thlr. à Ctr. frachtfrei Berlin. — Stabeisen war zwar etwas gefragt, doch wurden Abschlüsse durch die in Folge der gestiegenen Roheisenpreise erhöhten Forderungen der Producenten erschwert, gewalzt 3⅚—4 Thlr., geschmiedet 4¾—5 Thlr., Staffordshire 5⅓ Thlr. à Ctnr., dasselbe ist der Fall bei alten Eisenbahnschienen. Notirungen zum Verwalzen 1¾ Thlr. geboten, 1⅚ Thlr. käuflich, zu Bauzwecken 2—3 Thlr. à Ctr. — Blei ruhig, ohne Kauflust, loco 7—7½ Thlr., spanisches Reyn u. Co. 8⅙ Thlr. à Ctr. im Detail. — Zink geschäftslos ab Breslau WH. 5 Thlr. 15 Sgr., gewöhnliche Marken 5⅓ Thlr. à Ctnr. nominell, loco 6—6⅙ Thlr. à Ctnr. — Zinn wurde in den letzten Tagen von Holland und England, besonders vom letzten Platze, sehr flau gemeldet, was auch auf den hiesigen Markt einen Preisdruck ausübte. Banca- 41 Thlr., englisches 40—39½ Thlr. à Ctnr. — Kupfer behauptete die bisherigen Preise, doch blieb der Umsatz nur gering, da die Angebote zu mangelhaft waren. — Für englische Kohlen dauerte die Nachfrage fort, ohne befriedigt werden zu können, da nichts davon herankam, selbst wenn die Schifffahrt noch einige Zeit im Gange ist, darf wenig erwartet werden. — Coaks englisches loco 17½ Thlr. pr. Last, Holzkohlen 18½ Sgr. in Ladungen, im Detail 20 Sgr. pr. Tonne.

Berlin, 29. Novbr. Weizen loco 63—73 Thlr. nach Qual. — Roggen loco 56—50 Thlr. frei Haus bez., 82—83pfd. 49 Thlr. ab Bahn bez, Novbr. 58—55½—56½—56 Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 46⅞—46 Thlr. bez., Dezbr.-Jan. 45¾ Thlr. bez., Mai-Juni 45 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 33—39 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—24 Thlr., Lieferung pr. Novbr. 24—23¼ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 22 Thlr. bez., Dezbr.-Jan. 22 Thlr. Br., Frühjahr 22⅞ Thlr. Br., Mai-Juni 22½ Thlr. Br. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 45—55 Thlr. — Rüböl loco 14⅙ Thlr. bez., Novbr. 14 5/12—1/12—⅙ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 14 1/12—¼ Thlr. bez. und Br., ⅙ Thlr. Gld., Dezbr.-Jan. 14 Thlr. Br., Jan.-Febr. 13⅞ Thlr. Br., April-Mai 13⅔ Thlr. bez. und Gld., ¾ Thlr. Br., Mai-Juni 13¾ Thlr. Br. — Leinöl loco 13¾ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 15 1/12—15 Thlr. bez., Novbr. 14 11/12—⅞ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. und Dezbr.-Jan. 14⅞—¾ Thlr. bez. und Gld., ⅚ Thlr. Br., Jan.-Febr. 14⅞ Thlr. Br., Febr.-März 15 1/12 Thlr. Br., 15 Thlr. Gld., April-Mai 15½ Thlr. Br., 5/12 Thlr. Gld., Mai-Juni 15¾ Thlr. bez. und Br., ⅔ Thlr. Gld., Juni-Juli 16—15 23/24 Thlr. bez.

Weizen leblos. Roggen loco wurden nur Kleinigkeiten gehandelt, der November-Termin verlief unter großer Aufregung und einer enormen Kündigung von 181,000 Ctnrn. zu schnell herabgesetzten Preisen anderer Termine. Durchschnittspreis pr. November 56¼ Thlr. Hafer unverändert still. Gekündigt 1800 Ctnr. Rüböl war dringlich offerirt und mußten die nahen Lieferungen unter dem Einfluß starker Realisation merklich im Preise nachgeben, spätere Sichten behaupteten sich ziemlich. Gekündigt 1500 Ctnr. Spiritus war ganz vernachlässigt und bewegte sich das Geschäft in den engsten Grenzen. Preise erfuhren wenig Aenderung und schließt der Markt nach einer Kündigung von 20,000 Quart matt gehalten.

Berliner Börse vom 29. November 1862.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102¼ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4	99⅜ bz.
dito 1854, 55A. 57	4½	102¼ bz.
dito 1856	4½	102¼ bz.
dito 1853	4	99⅝ G.
dito 1859	5	107¾ z.
Staats-Schuld-Sch.	3½	89¾ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	127¼ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102½ G.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	92¼ B.
dito dito	4	101⅝ bz.
Pommersche	3½	91¼ G.
dito neue	4	100⅜ G.
Posensche	4	103⅞ b.
dito	3½	99 G.
dito neue	4	97⅞ bz.
Schlesische	3½	95 G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	99¾ bz.
Pommersche	4	100 B.
Posensche	4	99¼ bz.
Preussische	4	100 bz.
Westf. u. Rhein.	4	99¼ bz.
Sächsische	4	100 B.
Schlesische	4	100¼ bz.
Louisdor	—	109¾ B.
Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	58¾ B.
dito 54r Pr.-Anl.	4	76½ B.
dito neue 100 fl.-L.	—	73 bz.u.G.
dito Nat.-Anleihe	5	68 u. 68⅛ bz.
dito Bankn. n. Whr.		83 bz
Russ.-engl. Anleihe	5	94¾ a 95 bz.
dito 5. Anleihe	5	90¼ G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	84⅛ bz.u.B.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	88¼ b .u.B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93½ B.
dito à 300 Fl.	5	94¾ B.
dito à 200 Fl.	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	89 bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	58¼ etw. bz.u.B.
Baden 35 Fl.	—	31¾ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	90 bz.
Aach.-Mastricht.	3½	4	30¼ bz.
Amst.-Rotterdam	5⅛	4	96¼ e w. bz.u.G.
Berg.-Märkische	6½	4	110 bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	146 bz.u.G.
Berlin-Hamburg.	6	4	123 B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	214½ bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	133 bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	140 bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	191 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6⅞	5	130¼ G.
Ludw.-Bexbach	8	4	141½ bz.
Magd.-Halberst.	22½	4	329½ B.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	45¾ bz.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	129¾ à 130¼ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	62¾ bz.
Münster-Hammer	4	4	97½ B.
Neisse-Brieger	3½	4	83½ G.
Niederschles.	4	4	98⅞ bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	67 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	63½ à ¾ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 1/12	3½	174⅛ à ⅜ bz.
Oberschles. B.	7 1/12	3½	153½ bz.
dito C.	7 1/12	3½	174⅛ a ⅜ bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	88¼ B.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	97⅜ G.
dito Prior E.	—	3½	84¾ B.
dito Prior F.	—	4½	101 G.
Oppeln-Tarnow.	⅝	4	57¾ u. ⅞ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	58 bz.
Rheinische	5	4	97¾ bz u G.
dito (St.) Pr.	5	4	105 B.
dito Prior	—	4	96 B.
dito III. Em.	—	4½	99⅞ B.
Rhein-Nahebahn	—	4	24⅝ bz.
Ruhrort-Crefeld	3 11/12	3½	95 bz.u.G.
Starg.-Posener	4	3½	111½ bz.
Thüringer	6⅔	4	126 bz.
Wilhelms-Bahn	—	4	62½ à 63 à 62¾ bz.
dito Prior	—	4	92¼ G.
dito III. Em.	—	4½	95 bz.
dito Prior St.	—	4½	94 B.
dito dito	—	5	98 bz.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 11/12	4	117 G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	95½ bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	84 etw. bz.
Bremer „	5¼	4	105 etw. bz u.B.
Coburg. Credit A	3	4	87 G.
Darmst. Zettel-B.	8½	4	102 etw. bz.u.B.
Darmst. Credb.A.	5	4	92½ i P. bz.u.G.
Dess. Creditb. A.	—	4	2⅝ G.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	99⅛ bz.
Genf. Creditb. A.	2	4	45 bz.u.B.
Geraer Bank	5¾	4	100 bz.
Hamb.Nord.Bank	5	4	102½ G.
„ Ver.-Bank	5 1/12	4	102¼ G.
Hannov. „	4½	4	99¾ Klgkt. bz.
Leipziger „	3	4	79¾ G.
Luxembrg. „	10	4	105½ B.
Magd. Priv. „	4 1/12	4	92 G.
Mein. Creditb. A.	6	4	99 G.
Minerva Bgwk.A.	—	5	27. G.
Oester. Creditb.A.	7¾	5	91¾ à ⅛ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/12	4	98¼ G.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/12	4½	122 G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	100¾ bz.
Thüringer Bank	2¾	4	59¾ bz.u.G.
Weimar. Bank.	4	4	88½ bz u.G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	144¼ bz.
dito	2 M.	143¼ bz.
Hamburg	8 T.	152⅝ bz.
dito	2 M.	151½ bz.
London	3 M.	6. 20¾ bz.
Paris	2 M.	79 11/12 z.
Wien österr. Währ.	8 T.	82⅜ bz.
dito	2 M.	82 bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅛ bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 bz.
Petersburg	3 W.	99bz. 3M.98¼ bz.
Warschau	8 T.	89 bz.
Bremen	8 T.	109⅞ bz.

Breslau, 1. Dez. Wind: Nord-Ost. Wetter: sehr schön. Thermometer Früh 4° Kälte. Eis der Oder. Die Zufuhren von Getreide erhalten sich in zeitherig beschränktem Umfange, die Stimmung ohne weitere Anregung vorherrschend flau.

Weizen nur in feiner Waare beachtet; pr. 85pfd. weißer 70—80 Sgr., gelber 65—74 Sgr., vereinzelt über Notiz bezahlt. — Roggen vorherrschend flau; pr. 84pfd. 51—53—55 Sgr. — Gerste still; pr. 70pfd. weiße 41—43 Sgr., gelbe 36—37 Sgr. — Hafer still; pr. 50pfd. schlesischer 24—25 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen schwacher Umsatz. — Rapskuchen 51—53 Sgr. — Oelsaaten wenig angeboten, jedoch sehr fest. — Schlaglein wenig beachtet.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	68—75—81	Wicken	38—40—44
Gelber Weizen	65—69—74		Sgr.pr.Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	52—54—55	Schlag-Leinsaat	173—183—193
Gerste	36—38—42	Winter-Raps	222—245—252
Hafer	23—25—27	Winter-Rübsen	215—232—242
Erbsen	48—51—58	Sommer-Rübsen	194—208—212

Kleesaat ruhiges Geschäft, rothe ordinäre 8—9½ Thlr., mittle 10⅚ bis 11½ Thlr., feine 12—13¾ Thlr., hochfeine 14¼—14¾ Thlr., — weiße ordininäre 9—11½ Thlr., mittle 12½—15 Thlr., feine 16—18 Thlr., hochfeine 19—20 Thlr.

Thymothee 6—7½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—21 Sgr.

Bekanntmachung.

Wer Zinscoupons von Staats-Schuld-, Staats-Anleihe-Scheinen, Staats-Eisenbahn-Obligationen oder Rentenbriefen 2c. bei unserer Haupt-Kasse zur Realisirung präsentirt, hat ein Verzeichniß beizufügen, welches die Stückzahl der Coupons von gleichem Betrage und den Geldbetrag, sowohl der einzelnen Sorten, als der zur Realisation zu präsentirenden Coupons in Summa angiebt. [890]

Breslau, den 30. Mai 1862.

Königliche Regierung. v. Schleinitz.

Theater-Repertoire.

Montag, den 1. Dezbr. (Gewöhnl. Preise.) **„Die Bekenntnisse."** Lustspiel in drei Akten von Bauernfeld. Hierauf: **„Eine kleine Erzählung ohne Namen."** Lustspiel in 1 Akt von C. A. Görner.

Dinstag, den 2. Dezbr. (Erhöhte Preise.) **Siebentes Gastspiel** des Hrn. **Theodor Wachtel. „Die Hugenotten."** Große Oper mit Tanz in 5 Akten von Scribe, übersetzt von Castelli. Musik von Meyerbeer. (Raoul de Nangis, Herr Theodor Wachtel.)

Die **Erste Sinfonie-Soirée,** unter Leitung des königl. Musik-Directors **Julius Schaeffer,** und unter Mitwirkung des königl. hannoverschen Hofpianisten, Herrn **Alfred Jaell,** findet heute Abend 7 Uhr im Musiksaale der königl. Universität **bestimmt** statt. Billets à 1 Thlr. bei **F. E. C. Leuckart,** Kupferschmiedestrasse Nr. 13.

Vereinstag schlesischer Genossenschaften,

insbesondere der Vorschuß-Vereine,

Montag, den 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr,

in Liebich's Etablissement.

Tagesordnung: 1) Einleitende Mittheilungen. 2) Statut des Provinzial-Verbandes 2c. 3) Regulativ für die Geschäfts-Verbindungen 2c. 4) **Vortrag des Herrn Schulze-Delitzsch.** 5) Anwendung der Genossenschaften auf den landwirthschaftlichen Betrieb. — Um 8 Uhr Abendessen.

v. Carnall. [4641] **Laßwitz.**

Telegraphische Depesche.

Turin, 30. Nov. Die „Italie" versichert, das Cabinet habe seine Demission eingereicht. Eine Mittheilung an das Parlament wird die öffentliche Meinung über die Frage aufklären. [Angekommen 11 Uhr.] (Wolff's T. B.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W Friedrich) in Breslau.